



108. Sitzung

am Dienstag, dem 18. Juli 2017, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 9669

Gedenken an die Opfer des Terrorangriffs in Ägypten 9669

Glückwünsche für den neu gewählten stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden **Horst Arnold – Dank an den bisherigen Stellvertreter Hans-Ulrich Pfaffmann** 9669

Bekanntgabe des Austritts des Abgeordneten **Günther Felbinger** aus der Fraktion FREIE WÄHLER..... 9669

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten **Dr. Hans Jürgen Fahn, Oliver Jörg, Thomas Huber und Markus Rinderspacher** 9669

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

"Vorsprung durch Technik: Mit E-Mobilität in eine saubere Zukunft"

Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 9669
Markus Blume (CSU)..... 9671
Markus Rinderspacher (SPD)..... 9674
Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER)..... 9676
Sandro Kirchner (CSU)..... 9677 9678
Hans Ritt (CSU)..... 9679
Staatssekretär Franz Josef Pschierer..... 9680

Gesetzentwurf der Staatsregierung **zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze und der Verordnung zur Ausführung der Sozialgesetze (Drs. 17/17532)**
- Erste Lesung -

Staatssekretär Johannes Hintersberger..... 9681
9685
Angelika Weikert (SPD)..... 9682 9686
Dr. Hans Reichhart (CSU)..... 9683
Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER)..... 9684
Christine Kamm (GRÜNE)..... 9685

Verweisung in den Sozialausschuss..... 9686

Gesetzentwurf der Staatsregierung **zur Einführung des neuen neunjährigen Gymnasiums in Bayern (Drs. 17/17725)**
- Erste Lesung -

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle..... 9686
Martin Güll (SPD)..... 9687
Otto Lederer (CSU)..... 9688 9688 9689
Claudia Stamm (fraktionslos)..... 9689
Prof. Dr. Michael Piazzolo
(FREIE WÄHLER)..... 9690
Thomas Gehring (GRÜNE)..... 9691

Verweisung in den Bildungsausschuss..... 9692

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Beschluss..... 9693

Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayer u. a. (SPD)

Gerechtigkeit. Bildung. Zukunft. Sonderinvestitionsprogramm Ganztage an Schulen

(Drs. 17/16649)

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
(Drs. 17/17681)

Beschluss..... 9693

Umbesetzungen

bei den stellvertretenden Mitgliedern für den Landesgesundheitsrat, die von den Fraktionen der im Landtag vertretenen Parteien nominiert werden

Kenntnisnahme..... 9693

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Kirchensteuergesetzes

(Drs. 17/16762)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses
(Drs. 17/17447)

Beschluss..... 9693

Schlussabstimmung..... 9693

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes

(Drs. 17/17056)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des
Verfassungsausschusses (Drs. 17/17740)

Beschluss..... 9693

Schlussabstimmung..... 9694

Schluss der Sitzung..... 9694

(Beginn: 14.04 Uhr)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 108. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mittlerweile vergeht leider kaum eine Plenarwoche, in der wir nicht auch schlimme Nachrichten von Anschlägen erhalten. Krieg, Gewalt und Terror gehören zum Alltag vieler Menschen in dieser Welt, und sie sind und bleiben eine ständige Herausforderung für die internationale Politik und unsere Demokratien. Auch am vergangenen Freitag kamen zwei Deutsche bei einem hinterhältigen Terrorangriff im ägyptischen Hurghada ums Leben. Unsere Gedanken sind bei den Opfern und deren Angehörigen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie noch darüber informieren, dass Kollege Horst Arnold am 12. Juli 2017 zum stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Fraktion gewählt wurde.

(Beifall bei der SPD)

Er übernimmt dieses Amt von Hans-Ulrich Pfaffmann.

Sehr geehrter Kollege Arnold, ich wünsche Ihnen im Namen des gesamten Hauses und persönlich alles Gute und viel Erfolg für Ihre neue Aufgabe. Sehr geehrter Herr Kollege Pfaffmann, Ihnen danke ich recht herzlich für die geleistete Arbeit in den vergangenen Jahren.

Außerdem möchte ich noch bekannt geben, dass Herr Kollege Günther Felbinger mit Wirkung vom 11. Juli 2017 aus der Fraktion der FREIEN WÄHLER ausgetreten ist. Von nun an wird er seine Aufgaben als fraktionsloser Abgeordneter wahrnehmen.

Bevor wir nun in die Tagesordnung eintreten, darf ich noch einige Geburtstagsglückwünsche aussprechen. Jeweils einen halbrunden Geburtstag feierten am 9. Juli Herr Kollege Dr. Hans Jürgen Fahn und Herr Kollege Oliver Jörg sowie am 17. Juli Herr Kollege Thomas Huber. Heute feiert der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Markus Rinderspacher, Geburtstag. Allen Kollegen herzlichen Glückwunsch im Namen des gesamten Hauses und persönlich, weiterhin alles Gute und viel Erfolg bei Ihren jeweiligen politischen Aufgaben.

(Allgemeiner Beifall)

Auf der Ehrentribüne begrüße ich heute die Landtagspräsidentin von Brandenburg, Frau Britta Stark, mit ihrem Ehemann. Ich heiße Sie sehr herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Schön, dass Sie jetzt bei uns sind und auch noch heute Abend mit uns im Schloss feiern.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Vorsprung durch Technik: Mit E-Mobilität in eine saubere Zukunft"

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Hat eine Fraktion das Benennungsrecht für mehrere Rednerinnen bzw. Redner, kann auf Wunsch der jeweiligen Fraktion eine ihrer Rednerinnen bzw. einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit erhalten. Dies wird auf die Anzahl der Redner der jeweiligen Fraktion angerechnet. Die fraktionslosen Abgeordneten Claudia Stamm und Günther Felbinger können jeweils bis zu zwei Minuten sprechen. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zahl der Redner dieser Fraktion zu sprechen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich eröffne die Aussprache. Unser erster Redner ist Kollege Ludwig Hartmann. Bitte schön, Herr Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Ich glaube an das Pferd: Das Automobil ist eine vorübergehende Erscheinung." – Das sagte 1916 der deutsche Kanzler Wilhelm II.

(Zurufe von der CSU: Kaiser!)

– Kaiser; Entschuldigung.

Hundert Jahre später – man sieht das gerade wieder an Erwin Huber –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

erzählen Sie uns etwas vom Pferd, nur bei Ihnen geht es diesmal nicht um ein Tier, sondern um den Diesel. Was Sie mit Wilhelm II. gemeinsam haben, ist die fatale Fehleinschätzung der technologischen Entwicklung. Dem Diesel gehört nicht die Zukunft. Der Diesel

ist die Vergangenheit der deutschen Automobilindustrie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jeder weiß, dass die Autoindustrie in ihrer heutigen Form nicht überleben wird. Wir müssen darauf vorbereitet sein, die Umstrukturierung unserer Autoindustrie in den kommenden Jahren zu begleiten und zu kompensieren. – Das hat kein GRÜNER gesagt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Diese Worte stammen von Bundeskanzlerin Merkel, nachzulesen im "Spiegel".

Wer etwas genauer hinschaut, sieht ganz genau, in welcher schwierigen Lage die Autoindustrie in Deutschland ist. Daran ist sie aber auch selbst schuld. Statt saubere Autos zu entwickeln, sie marktreif zu machen, hat sie sich eine grüne Tarnkappe aufgesetzt, eine Tarnkappe mit einer betrügerischen Software, die falsche Abgaswerte vorgaukelt. Jetzt ist die Tarnkappe weg, und der Betrug ist offensichtlich.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

VW, Audi und jetzt Daimler – das sind doch keine Einzelfälle. Das ist gewerbsmäßiger Betrug, der dort stattfindet. Millionen Kunden müssen das ausbaden. Sie haben gedacht, sie kaufen ein relativ sauberes Auto, und haben jetzt festgestellt, dass sie tatsächlich nach Strich und Faden belogen worden sind.

Am meisten leiden aber die Menschen in den Städten, deren Atemluft verdreckt wird. Hier wird mit der Gesundheit der Menschen gespielt. Die Ergebnisse der endlich veröffentlichten Studie, nach der in 25 % der Straßen in München die Grenzwerte nicht eingehalten werden, sind deutlich gravierender, als wir angenommen haben. Für uns GRÜNE geht Gesundheit vor.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb brauchen wir saubere Alternativen: mehr Bahnen, mehr Bus, mehr Platz für bessere Fahrradwege und natürlich auch mehr Raum für Fußgänger und Fußgängerinnen. Mit dem Thema hat sich heute das Kabinett beschäftigt, und ich finde, es ist ein Unding, dass der Ministerpräsident bis jetzt nicht anwesend ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was Sie heute im Kabinett für diesen Bereich beschlossen haben, ist wirklich lächerlich. Das muss man so deutlich sagen. Sie nehmen beim U-Bahn-Bau die Kürzung aus dem Jahr 2006 zurück, Sie geben Parkkunden des MVV einen Preisnachlass. Aber wenn man sich nach dem neuen Gutachten das

Ausmaß der dreckigen Luft in München anschaut, kann man feststellen: Das ist ungefähr so, als wenn die Feuerwehr zu einem Großbrand mit ein paar Eimern Wasser ausrückt.

Wir müssen endlich umdenken. Die Zukunft liegt in der Elektromobilität, auch wenn es viele von Ihnen bis heute nicht begreifen wollen. Das kann das Fahrrad mit Elektromotor sein, das ist die U-Bahn. – Leider ist Kultusminister Spaenle auch nicht im Haus. Es kann natürlich auch eine Trambahn mit Akkubetrieb durch den Englischen Garten sein.

(Beifall bei den GRÜNEN – Beifall des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wer bei E-Mobilität nur an das Auto denkt, der denkt zu kurz. Natürlich geht es auch um das Auto, um den Diesel, der für die hohe Stickoxidbelastung in unseren Städten verantwortlich ist. Aber wie wird das Auto sauberer? – Mit einer neuen Software für alte Autos bestimmt nicht. Hier wird heute schon wieder viel mehr versprochen, als letztendlich eingehalten werden kann. Es reicht doch, dass uns die Autoindustrie einmal hinters Licht geführt hat; ein zweites Mal müssen wir uns das nicht bieten lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Alternative heißt: Fahrverbote oder teure Nachrüstung, und zwar eine Nachrüstung, mit der die Grenzwerte dann wirklich und nicht nur auf dem Papier eingehalten werden. Auch ist für mich unstrittig, dass die Autokonzerne diese Kosten zu tragen haben.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die Autoindustrie hat betrogen. In den Chefetagen war man sich sicher, dass die Bundesregierung und auch die Staatsregierung immer wieder ihre schützende Hand über die Autoindustrie halten, wenn es hart auf hart kommt, so wie damals, im Jahr 2015, als Ministerpräsident Seehofer gemeinsam mit der Bundeskanzlerin dafür gesorgt hat, dass es in der EU nicht zu schärferen Grenzwerten für Stickoxide kommt. Es wurde weggeschaut, wenn die Abgaswerte nicht eingehalten worden sind, wenn sie nicht mit den Werten im Prospekt übereingestimmt haben, auf den sich die Kunden verlassen haben. Und allen voran hat sich Ihr Verkehrsminister Dobrindt lieber mit einer sinnlosen Ausländermaut auseinandergesetzt, als für saubere Autos in diesem Land zu sorgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Heute stehen Sie vor den Trümmern Ihrer Industriepolitik: schlechte Luft in den Städten, betrogene Kunden und eine Automobilindustrie, die nach den Worten der Kanzlerin so nicht überlebensfähig ist. Es wird Zeit,

dass alle Beteiligten, die Autokonzerne und die Politik in Bayern, vor allem die Staatsregierung, endlich begreifen, dass der Umweltrabatt am Ende niemandem hilft, nicht der Umwelt und nicht der Autoindustrie.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die Frage ist doch nicht, ob das saubere, abgasfreie Auto gebaut wird; die Frage ist doch, wo es gebaut wird. Wir GRÜNEN möchten, dass es in Bayern, in unserem Land, gebaut wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir einen ganz klaren Kurs hin zu sauberen Autos. Wir GRÜNE sagen: Ab 2030 dürfen nur noch abgasfreie Autos zugelassen werden. Und wissen Sie was? Wir finden immer mehr Verbündete. In Kalifornien werden ähnliche Vorschläge diskutiert. Frankreich hat angekündigt, ab 2040 nur noch abgasfreie Autos zuzulassen. Norwegen geht diesen Schritt bereits 2025. Dort hat übrigens heute schon jedes zweite neu zugelassene Auto einen Elektromotor. Volvo hat den Ausstieg aus dem Diesel angekündigt. Neue Modelle soll es nur noch mit Elektromotor geben. Porsche will den Diesel beerdigen. Dafür soll in den nächsten sechs Jahren jeder zweite Porsche elektrisch fahren. China führt Quoten für Elektroautos ein.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen der CSU, wann wachen Sie eigentlich endlich auf?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wann gibt es in Bayern eine vernünftige und funktionierende Ladeinfrastruktur für Elektroautos? Wann geht die CSU-Regierung endlich vorbildlich voran und schafft für den staatlichen Fuhrpark mehr E-Fahrzeuge an? Die Polizei in Los Angeles hat im letzten Jahr 100 elektrische i3 von BMW angeschafft, die Feuerwehr in London 57. Wie viele sind es in Bayern? – Ganze 12 Fahrzeuge! Das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine weitere Baustelle: Wann hören Sie endlich auf, den Diesel zu subventionieren? 8 Milliarden Euro kostet es jedes Jahr, um den Diesel künstlich billig zu halten. Stellen Sie sich vor, wie weit wir bereits heute gekommen wären, hätten wir jedes Jahr 8 Milliarden Euro investiert, um die Ladeinfrastruktur aufzubauen. Aber Sie wollen – ich habe heute die Meldung aus dem Kabinett kaum glauben können – ernsthaft einen Kaufanreiz oder einen Steuerbonus für neue Dieselfahrzeuge schaffen.

(Staatssekretär Franz Josef Pschierer: Ja!)

Sie wissen ganz genau, dass die Dieselfahrzeuge nach der Euro-6-Norm kaum besser sind als die anderen. Sie lösen kein Problem, sie haben ein Problem, das dringend gelöst werden muss.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Zu der heutigen Kabinettsvorlage kann ich nur sagen: Das ist eine verantwortungslose Industriepolitik. Mich erinnert das an die erneuerbaren Energien. Sie wurden auch erst schlecht- und kleingeredet, es wurde gesagt, dass die Befürworter von Wind und Sonne Traumtänzer seien. Letztlich hat man gesehen, was aus E.on und RWE geworden ist. Diese Überheblichkeit war der Anfang vom Ende.

Ich will nicht, dass BMW und Audi in Bayern den gleichen Weg gehen müssen. Damit in Zukunft und auch noch in zehn Jahren Autos aus Bayern gefragt sind, muss sich dringend etwas ändern. In den Konzernzentralen müssen die Zeichen der Zeit endlich erkannt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und die Zeichen der Zeit bedeuten: Das Auto der Zukunft ist sauber, oder es ist gar nichts.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Ich sehe gute Chancen für die deutsche Automobilindustrie. Deshalb teile ich die pessimistischen Aussagen der Kanzlerin ausdrücklich nicht. Dafür muss sich aber in der Politik der Bundesregierung und der Staatsregierung einiges ändern. Wenn Sie so weitermachen wie bisher, werden die düsteren Prophezeiungen Merkels schneller Wirklichkeit, als uns allen lieb ist. – Danke.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Hartmann. – Nächster Redner ist Herr Kollege Markus Blume. Bitte sehr, Herr Blume.

Markus Blume (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Hartmann, ich habe mich lange gefragt, ob Ihr grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann mit seiner harten Kritik am Rande des GRÜNEN-Parteitags wirklich recht hatte, was Ihre Mobilitätsvorstellungen angeht. Nach Ihrem Vortrag bin ich mir sicher: Er hatte recht.

(Beifall bei der CSU)

Er hat nämlich gesagt: Ihr habt keine Ahnung, liebe Kolleginnen und Kollegen. 2030 ist ein Schwachsinnstermin. Sich darum zu kümmern, dass es funktioniert,

und keine radikalen Sprüche abzulassen – das wäre notwendig. Ihr habt immer nur irgendetwas im Kopf, ohne dass man den Gesamtprozess sieht. Es war Winfried Kretschmann, der das vor drei Wochen gesagt hat und der damit recht hat, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Ich frage mich ganz ehrlich, lieber Kollege Hartmann, wie man als bayerischer Landtagsabgeordneter so reden kann wie Sie; denn Sie haben doch Verantwortung, hier nicht nur irgendwelche Reden abzulassen, sondern Sie haben auch Verantwortung für das Land, auch wenn Sie nicht in der Regierung sind.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Sie haben Verantwortung für Arbeitsplätze in diesem Land. Sie haben in Bayern Verantwortung für eine halbe Million Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Automobilwirtschaft.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Sie haben Verantwortung dafür, dass die Unternehmen, die in diesem Bereich tätig sind, auch in der Zukunft hier wirtschaften können und dass der Transformationsprozess, den Sie beschreiben, gelingen kann.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Sie haben Verantwortung, Herr Kollege Hartmann, für die Bürgerinnen und Bürger des Freistaats Bayern,

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

die auf Mobilität angewiesen sind, die sich vor zwei oder drei Jahren etwa als Handwerker ein neues Fahrzeug gekauft haben. Viele sind dringend auf ihr Fahrzeug angewiesen und können sich nicht alle sechs Monate ein neues Fahrzeug leisten, Herr Kollege Hartmann.

Sie haben Verantwortung für die Kommunen, um gemeinsam Lösungen ins Werk zu setzen und ein Gesamtpaket auf den Weg zu bringen. Sie dürfen hier nicht mit radikalen Placebovorschlägen antreten oder Ihr grünes Wolkenkuckucksheim zeichnen.

Herr Kollege Hartmann, Sie sollten auch Verantwortung für die Umwelt tragen. Da reden Sie in der einen Woche so und in der nächsten Woche anders. Einerseits geht es um den Klimaschutz und um die Reduzierung der CO₂-Emissionen – da war Ihnen in der Vergangenheit vielleicht sogar mal der Diesel recht –,

und andererseits geht es jetzt wieder um die Senkung der Stickoxidemissionen. Lieber Herr Kollege Hartmann, mit Blick darauf kann man keine so einseitige und spalterische Rede halten, wie Sie es getan haben. Ich bitte Sie und appelliere an Sie: Denken Sie über Ihre Verantwortung nach, die Sie als Mitglied dieses Hohen Hauses haben.

Wir sind in Bayern – das möchte ich zu Beginn klarstellen –, wir sind kein Entwicklungsland für Elektromobilität, sondern wir sind ganz im Gegenteil ein Zukunftsland für Elektromobilität. Der Freistaat Bayern hat von 2008 bis heute allein für die Förderung der Elektromobilität 134 Millionen Euro ausgegeben. Dabei ist vieles schon eingepreist, was selbstverständlich ist. Deswegen will ich das noch einmal in Erinnerung rufen. Wir haben eine bayerische Forschungslandschaft in diesem Bereich errichtet, lange bevor Elektrofahrzeuge auf die Straße gekommen sind: in Erlangen das Fraunhofer-Institut, in Nürnberg das E|Drive-Center, das Wissenschaftszentrum Elektromobilität an der TU München sowie weitere Initiativen in Bad Neustadt an der Saale, in Würzburg, in Augsburg usw. Wir haben die bayerische Clusterstrategie angepasst und ein großes Maßnahmenpaket zur schnellen Markteinführung auf den Weg gebracht.

Vor einem Jahr, im März 2016, haben wir in diesem Hohen Haus gemeinsam bei Enthaltung der GRÜNEN beschlossen, die Elektromobilität weiter voranzubringen. Für die meisten dieser Punkte kann ich Vollzug melden: direkte Anreize durch Kaufprämien – das ist durch den Umweltbonus in Höhe von 4.000 Euro erledigt. Dann haben wir einen Beitrag des Bundes für den Ausbau der Ladeinfrastruktur gefordert. Das ist auch erledigt. Der Bund stellt 300 Millionen Euro in der Periode von 2017 bis 2020 zur Verfügung, und zwar in der Förderrichtlinie Ladeinfrastruktur. Die Ausschreibungen hierzu laufen. Wir wollen in Bayern darüber hinaus 7.000 Ladesäulen haben. Im Doppelhaushalt 2017/2018 haben wir gemeinsam 3,8 Millionen Euro für den Ausbau der Ladeinfrastruktur an Behördenstandorten eingestellt.

Wir haben gefordert, dass die steuerlichen Rahmenbedingungen verbessert werden sollen. Auch das wurde erledigt, und zwar am 17. November 2016 durch Beschluss des Deutschen Bundestages im Rahmen des Gesetzes zur steuerlichen Förderung von Elektromobilität im Straßenverkehr. Schließlich wurde eine öffentliche Beschaffungsmassnahme gemeinsam verabredet und im Bund auf den Weg gebracht.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Fahrzeuge!)

Herr Hartmann, dass Sie sich hier hinstellen und so tun, als sei das Neuland, ist grob falsch. Bayern ist das Zukunftsland – eben auch für Elektromobilität.

(Beifall bei der CSU – Ludwig Hartmann (GRÜNE): Was ist mit den Fahrzeugen für das Hohe Haus und für die Staatsregierung?)

Wenn Sie das nicht glauben, schauen Sie doch einmal, wo in Deutschland Elektrofahrzeuge zugelassen werden. Es gibt kein Land, in dem mehr Elektrofahrzeuge zugelassen wurden als in Bayern.

(Zuruf von den GRÜNEN: Falsch!)

Über ein Fünftel aller Neuzulassungen entfiel auf Bayern.

(Zuruf von den GRÜNEN: Nein!)

Als jemand, der auch die Verantwortung für den Wirtschaftsstandort im Auge hat, freue ich mich besonders, dass wir den weltweit drittgrößten Hersteller von Fahrzeugen mit Elektroantrieb bei uns in Bayern haben, nämlich BMW.

Herr Hartmann, dass Sie hier eine solche pauschale Philippika gegen die Automobilindustrie halten, gefährdet den Wirtschaftsstandort und ist schädlich für die Arbeitsplätze. Lieber Herr Kollege Hartmann, solche Reden sollten Sie hier in Zukunft unterlassen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Es geht natürlich um mehr. Es geht nicht nur um die Frage, wo unsere Automobilwirtschaft heute steht,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

sondern wir müssen auch im Lichte dessen, was heute öffentlich wurde – Stichwort: Luftreinhaltung –, über mehr reden, nämlich darüber, wie wir die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung mit Lebensqualität, mit Umweltschutz, mit Urbanität, aber natürlich auch mit Standort- und Arbeitsplatzinteressen zusammenbringen können.

Ich sage Ihnen, Herr Hartmann: Da ist nicht das Motto "Vorsprung durch Technik" – dazu haben Sie heute übrigens gar nicht gesprochen –, sondern in Bayern heißt unser Motto in der Politik "Vorsprung durch kluge Politik". Wir machen Politik mit allen und nicht gegen alle, wie Sie das tun. Der Gipfel mit der Automobilindustrie, der Gipfel mit den Oberbürgermeistern im Freistaat Bayern, die Abstimmung mit Wirtschaft und Handwerk, lieber Herr Kollege Hartmann, bilden den richtigen Weg, um große Fragen zu diskutieren und Antworten nach vorn zu bringen.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wir nehmen alle in die Pflicht. Wir nehmen auch die Landeshauptstadt München in die Pflicht. Denn wenn Sie sich die Karte zur Luftreinhaltung genau anschauen, sehen Sie: Wo der Verkehr nicht läuft, wo vielleicht in der Vergangenheit eine Bushaldebucht zurückgebaut wurde, haben wir heute Luftbelastungen.

(Zuruf von der SPD: Stimmt doch auch!)

Deswegen kann sich niemand von seiner Verantwortung frei machen. Deswegen ist auch der Weg der richtige: Es geht nicht gegen alle, sondern es geht nur mit allen.

Wir setzen zweitens auf Innovation und nicht auf Ideologie. Man kann nicht den Diesel gegenüber allen anderen Antriebsarten verteufeln, sondern ich sage ganz klar: Wir brauchen beides, nämlich alternative Antriebe und selbstverständlich auch moderne Dieselfahrzeuge. Ich darf Sie an dieser Stelle auf eine ifo-Studie hinweisen, die heute veröffentlicht wurde. Darin wurde ausgerechnet, was ein Diesel-Verbot für die Arbeitsplätze in Deutschland bedeutet. Ich habe verstanden, dass die Arbeitsplätze Sie nicht interessieren,

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

aber ich sage es für das Protokoll: Mehr als 600.000 der Industriearbeitsplätze in Deutschland wären direkt oder indirekt betroffen, sollte Ihre Forderung eines Verbots von Verbrennungsmotoren in Deutschland ab 2030 umgesetzt werden. Ich sage ganz klar für die CSU-Fraktion: Wir wollen das nicht in diesem Land.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner (SPD))

Drittens. Wir setzen auf Anreize und nicht auf Verbote. Ulrike Scharf hat es heute richtig gesagt: Das Bündnis für saubere Luft in Bayern steht. Dieses Bündnis ist sich einig, dass der richtige Weg nicht darin besteht, pauschal Diesel-Fahrverbote auf den Weg zu bringen, sondern stattdessen ein umfassendes Maßnahmenbündel umzusetzen.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Wenn Sie es nicht glauben, Herr Kollege Hartmann, schauen Sie nach Baden-Württemberg. Die dortige Landesregierung hat heute beschlossen, dass sie denselben Weg wie Bayern gehen wird, dass sie nämlich nicht auf Diesel-Fahrverbote setzt, sondern dass man versucht, ein Gesamtpaket auf den Weg zu bringen.

Ich freue mich, dass die Automobilhersteller bereit sind, der Umrüstung von Pkw, die der Euro-5-Norm entsprechen, auf die Euro-6-Norm nachzukommen. Das wird uns wesentlich voranbringen, da die Stickoxidemissionen tatsächlich bis zu 20 % reduziert werden können – bei kostenfreier Umrüstung für die Nutzer dieser Fahrzeuge. Neue Kaufanreize für moderne Dieselfahrzeuge und der Verzicht auf ein Auspielen des Individualverkehrs gegen den ÖPNV sind ebenfalls Gegenstände des heutigen Beschlusses der Bayerischen Staatsregierung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Hartmann, die GRÜNEN machen tatsächlich im Moment einen spannenden Wandel durch: von einer Verbots- und Bevormundungspartei zu einer echten Planwirtschaftspartei.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Was?)

Am Sonntag verbieten Sie Online-Shopping, am Donnerstag verbieten Sie Fleisch, und jetzt wollen Sie den Menschen auch noch sagen, welchen Motor diese in ihre Autos einbauen sollen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wir brauchen keinen staatlichen E-Trabi, sondern wir brauchen attraktive E-Mobilität für alle.

Der bayerische Weg ist an dieser Stelle ganz klar: Wir wollen den notwendigen und zwingenden Wandel gestalten, aber nicht gegen die Wirtschaft, sondern mit der Wirtschaft. Wir wollen die Lebensqualität der Menschen im Freistaat verbessern, aber nicht durch Verbote, sondern durch Anreize. Wir wollen Lebensqualität und Fortschritt in Bayern verankern, aber eben nicht durch Verbote. Das ist der bayerische Weg. Ich fordere Sie auf: Gehen Sie diesen bayerischen Weg mit. Er ist der einzige, der in die Zukunft führt.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Blume. – Unser nächster Redner ist der Kollege Rinderspacher. Bitte schön, Herr Rinderspacher.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident, Herr Kollege Blume, Herr Kollege Hartmann! Es gibt nichts Schöneres – man merkt es jetzt schon –, als den eigenen Geburtstag hier im Plenarsaal mit Ihnen gemeinsam begehen zu dürfen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl Freller (CSU))

Ich freue mich schon auf das Fest heute Abend. Die Landtagspräsidentin hat mit der Einladung des Land-

tags meinen persönlichen Geldbeutel enorm entlastet, wie Sie sich vorstellen können.

Ich habe mich heute Früh auch schon ein bisschen über ein Geburtstagsgeschenk gefreut, nämlich das große, sensationelle Maßnahmenpaket für den ÖPNV in Bayern, mit dem die Luft insbesondere in den Ballungszentren, speziell in München, besser werden soll. Bei genauerem Hinsehen war ich allerdings doch ein bisschen enttäuscht. Ich hatte ein großes Paket erwartet, es war aber dann ein Päckchen, eher ein bisschen klein. Wenn man hineinschaut, muss man auch in die Ecken schauen, um zu sehen, wo die einzelnen Maßnahmen sind. Es gibt unter anderem das Abo-Bonuspaket für die IsarCard. Da soll es einen zusätzlichen Gratismonat geben. Die Staatsregierung kommt dabei ganz günstig weg; das kostet nämlich nur 1 Million Euro, lässt sich aber groß vermarkten. Wir begrüßen das.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU))

Es stellt sich natürlich die Frage: Was ist eigentlich mit den anderen Verbänden? Warum bekommt nur München den Obolus? Wir fragen uns: Was ist mit den anderen Großstädten? – Für die müsste es eigentlich auch eine solche Unterstützung geben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dann gibt es die Elektrifizierung bei der BOB, der Bayerischen Oberlandbahn. Die Planungskosten für die Elektrifizierung südlich von Holzkirchen sollen übernommen werden. Das ist natürlich begrüßenswert, aber es stellt sich die Frage, warum nur die Kosten für die Bayerische Oberlandbahn südlich von Holzkirchen übernommen werden. Was ist mit den Pendlerstrecken im Großraum Nürnberg, Augsburg, Würzburg, Regensburg, und wo bleibt eigentlich der Beitrag des zuständigen Bundes? Wo ist der Beitrag des Bundesverkehrsministers Dobrindt?

Besonders klar wird bei der Busförderung, dass die Summe für die Nachbesserung, die Sie jetzt mit dem Nachtragshaushalt nachschießen wollen, doch verhältnismäßig bescheiden ist. Zu Beginn des letzten Jahrzehnts, von 2000 bis 2006, wurden Busse noch mit jährlich knapp 60 Millionen Euro aus dem Haushalt des Freistaats Bayern gefördert. Dann wurde die Busförderung ganz ausgesetzt – Stoiber'sches Sparpaket. Anschließend wurde die Busförderung auf 25 % reduziert. Jetzt wollen Sie wieder etwas drauflegen, weitere 20 Millionen Euro. Das freut uns, aber unter dem Strich sind wir immer noch auf einem weit schlechteren Niveau als zu Beginn des letzten Jahrzehnts.

Dabei gab es 2017 über 800 Anträge auf die Busförderung und einen Bedarf von 60,8 Millionen Euro. Sie loben nun 30 Millionen Euro aus, und es gibt noch ein bisschen oben drauf. Das ist im Grundsatz zu begrüßen, aber unter dem Strich ist dieses Paket halbherzig, es ist unzureichend, und es kommt zu spät. Die Luft in den Städten, insbesondere in München, wird in den nächsten Jahren dadurch gewiss nicht nachhaltiger besser.

(Beifall bei der SPD)

Ich erinnere mich noch sehr gut – ich war gerade frisch gewählter Abgeordneter –, als wir das Thema der Elektromobilität hier im Bayerischen Landtag zum ersten Mal aufgerufen haben. Ich hatte damals das Vergnügen und die Ehre, den frisch gewählten Bayerischen Ministerpräsidenten auf seiner ersten Auslandsreise nach China zu begleiten, wo Herr Seehofer das Thema der Elektromobilität für sich und für den Freistaat Bayern entdeckte. Wir waren auf dem Automobilsalon in Peking. Dort waren die internationalen Hersteller für den Aufbruch in ein neues Mobilitätszeitalter. Die Franzosen und die Asiaten waren industriepolitisch schon damals in einer vorderen Position.

In der Zwischenzeit hat sich einiges getan, allerdings auf anderen Kontinenten und in anderen Ländern. In Deutschland tat sich sehr wenig und in Bayern im Vergleich zu den anderen Bundesländern auch nicht besonders viel jenseits der Millionensummen, die Kollege Blume hier eben erwähnt hat.

China hat den deutschen Automobilherstellern regelrecht den Kampf angesagt. 43 % aller Elektroautos werden in China gebaut. Jede vierte Batteriezelle und jeder dritte Elektromotor werden in China hergestellt. Auf chinesischen Straßen fahren bereits 650.000 elektromobile Fahrzeuge, und jetzt hat die chinesische Regierung beschlossen, dass bereits ab dem kommenden Jahr, ab 2018, 8 % aller Fahrzeuge, die importiert werden, zwingend elektromobil sein müssen. Das heißt, wenn BMW, Audi, Mercedes oder andere deutsche Fahrzeughersteller Fahrzeuge auf den so ungemein wichtigen chinesischen Markt bringen wollen, dann müssen ab 2018 bereits 8 % der Flotte elektromobil sein.

Jetzt frage ich mich: Wie wollen das die bayerischen bzw. die deutschen Hersteller überhaupt hinbekommen, mit welchen Fabrikaten, mit welchen Modellen? Wie soll das funktionieren? 2019 sind es dann bereits 10 %, 2020 sind es 12 %. Das ist nichts anderes als eine Kampfansage. Die Chinesen sind besonders stark in Sachen Elektromobilität. Sie werden deshalb auf dem chinesischen Markt sukzessive, nicht erst in 10 oder 20 Jahren, sondern bereits ab dem 1. Janu-

ar 2018 immer weniger Modelle mit klassischem Antrieb, auch aus Bayern, zulassen.

Leider haben wir uns seit 2008/2009 in Bayern darauf nicht hinreichend eingestellt, so zumindest ist mein Eindruck. Dabei wäre das gerade für Bayern besonders wichtig. Wir sind nun einmal das Automobilland Nummer eins in Deutschland. 400.000 Arbeitsplätze hängen direkt vom Fahrzeugbau ab, davon 80.000 unmittelbar vom Verbrennungsmotor. Beschäftigungspolitisch ist natürlich völlig richtig, was Kollege Blume gesagt hat: Wenn uns ein Fünftel aller Arbeitsplätze in der Automobilindustrie in den nächsten zehn Jahren wegzubrechen droht, weil andere Länder auf andere Antriebstechniken setzen, dann müssen wir schon ein bisschen mehr Gas geben; dann müssen wir bei der Elektromobilität stärker in Fahrt kommen, als das in den letzten Jahren der Fall war.

(Beifall bei der SPD)

Von den Zielen, die der Ministerpräsident zu Beginn seiner Amtszeit selbst vorgegeben hat, sind wir heute weit entfernt. Die Staatsregierung hat ihr Ziel, bis zum Ende dieses Jahrzehnts 200.000 elektromobile Fahrzeuge auf bayerischen Straßen unterwegs sein zu lassen, mittlerweile aufgegeben. 2016 wurden in Bayern gerade einmal 2.400 elektromobile Fahrzeuge zugelassen; das sind 0,04 %, also 4 von 1.000 Fahrzeugen. In dieser Hinsicht ist Bayern ein Entwicklungsland, auch wenn Herr Kollege Blume das so nicht formulieren möchte. Vom Vorzeigeland sind wir zumindest weit entfernt.

Wir müssen uns die Frage stellen: Warum werden bei uns in Bayern nur 4 elektromobile Fahrzeuge von 1.000 Fahrzeugen, also 0,04 %, zugelassen, aber in Norwegen zum Beispiel 30 %? Was machen die anderen Länder so anders, wieso sind die Franzosen, die Niederländer, die Japaner, die Amerikaner und die Chinesen bei der Elektromobilität führend? Was haben wir versäumt?

Versäumnis Nummer eins: Staatskanzleiminister Schneider hat in einer Pressemitteilung von 2009 formuliert, man werde sehr schnell in die Förderung der Ladeinfrastruktur einsteigen. Anderthalb Legislaturperioden später, acht Jahre später stellen wir nun fest: Jetzt soll es die Förderung des Landes endlich geben. Mit gerade einmal 3,8 Millionen Euro ist sie auch kein besonders großer Wurf. Das hat zur Folge, dass Bayern im Bundesländervergleich bei der Ladeinfrastruktur nun definitiv ins Hintertreffen geraten ist. Mit nur 13,3 Elektroladepunkten pro 1.000 Quadratkilometer sind wir deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Wir haben deutlich weniger Ladeinfrastruktur als Baden-Württemberg und sind auch schlechter als Hessen

und Nordrhein-Westfalen. Deshalb brauchen wir diese Förderung, die Sie nun schon mehrfach im Zweijahresrhythmus angekündigt haben. Die muss jetzt endlich kommen. Herr Staatssekretär, bitte stellen Sie in dieser Aktuellen Stunde dar, warum es diese Versäumnisse in den letzten Jahren gab und was wir jetzt tatsächlich zu erwarten haben.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist es wohl richtig, was Kurt Sigl, der Präsident des Bundesverbands eMobilität, festgestellt hat. Er kommentiert ganz kurz und knapp: Bayern glänzt durch eine massive Blockadehaltung beim Thema neue Mobilität und auch bei der E-Mobilität. – Überall da, wo wir hätten tätig werden können, auch aus eigenem Antrieb, haben wir es bleiben lassen. Sie hatten letztes Jahr, 2016, angekündigt, dass binnen eines Jahres 20 % aller Neuzulassungen im Fuhrpark des Freistaats Bayern elektromobil sein sollten. Meine Anfrage von 2017 hat ergeben, dass noch nicht einmal jedes zehnte Fahrzeug elektromobil ist. Das heißt: Sie setzen sich jedes Jahr neue Ziele. Sie erwecken mit durchaus beeindruckenden Summen in der Forschungspolitik den Anschein, als seien Sie am Thema Elektromobilität dran. Aber de facto fehlt es vorne und hinten. Deshalb hat Kollege Hartmann völlig recht: Wenn wir die Arbeitsplätze in der Automobilindustrie für die nächsten 10, 20, 30 Jahre sichern wollen, dann brauchen wir ein gemeinsames Vorgehen. Wir brauchen das, was die IG Metall vorgeschlagen hat, nämlich einen Transformationsbeirat und keine vereinzelt Diesel-Gipfel mit den jeweiligen Konzernchefs. Diese haben natürlich auch Versäumnisse zu verantworten. Wir brauchen ein koordiniertes Vorgehen. Ich erwarte mir von der Bayerischen Staatsregierung in den nächsten Monaten einen handfesten Impuls, dass es mit der Elektromobilität vorangeht.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Rinderspacher. – Der nächste Redner ist der Kollege Glauber. Bitte schön, Herr Glauber.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Kollege Blume, ich dachte vorhin, dass hier der Vorstandssprecher eines Automobilkonzerns spricht und nicht ein bayerischer Politiker.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Kollege Blume, ich gebe Ihnen recht, es geht um eine halbe Million Arbeitsplätze in der Automobilindustrie in Bayern. Aber gleichzeitig geht um neun Millionen

Menschen, die ein Dieselfahrzeug fahren. Lieber Kollege Blume, für diese neun Millionen Menschen bin ich auch gewählt worden und dafür, dass ich mich für den Verbraucherschutz einsetze. Es wäre an der Zeit, dass auch Sie für den Verbraucherschutz und für die Besitzer von Dieselfahrzeugen sprechen. Diese Menschen werden vielleicht irgendwann einmal den Malus erhalten, nicht mehr in die Städte fahren zu dürfen. Warum? – Weil die Automobilindustrie getrickst hat. Ich erwarte etwas anderes als Politikerinnen und Politiker, die Vorstände ersetzen, und Ministerpräsidenten, die Reden auf die Automobilindustrie halten. Die Politiker sollen auch einmal Reden für den Verbraucherschutz halten. Das wäre schon lange angebracht und an der Zeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es ist das falsche Signal, jetzt noch auf ein Instrument zu setzen, das den Dieselfahrzeugen eine Abwrackprämie hinterherschiebt. Herr Ministerpräsident, das haben Sie vor sechs Wochen schon einmal angesprochen. Bis heute haben Sie nicht wirklich geklärt, welche Autos wie nachgerüstet werden sollen. Das wäre für mich die primäre Information. Es ist der falsche Weg, für neue Dieselfahrzeuge eine Abwrackprämie zu gewähren. Es hätte eine E-Prämie geben müssen. Diese hätte deutlich höher sein müssen.

Kollege Blume, wenn Sie über die Arbeitsplätze und ihren Erhalt sprechen, dann beachten Sie auch die Zahlen anderer Länder, die die E-Mobilität fördern: Korea fördert die E-Mobilität mit 18.000 Euro pro Fahrzeug, China mit 9.000 Euro, die USA mit 7.000 Euro und Frankreich mit 6.000 Euro pro Fahrzeug. Bei der Förderung der E-Mobilität gibt es deutlich mehr Potenzial.

Wir, die FREIEN WÄHLER, stehen für den Automobilbau, die Autoindustrie, diese Arbeitsplätze und die Innovation. Nur geht diese Innovation leider in Deutschland verloren. Wir verlieren das Rennen um diese Innovation. Sie stellen sich hin und sagen: Bayern ist ein Elektroland! Schauen Sie sich doch vorher lieber die Zahlen an. Im Jahre 2015 wurden in Deutschland 12.000 neue Elektrofahrzeuge zugelassen, 2016 waren es 11.000, und jetzt sind wir bei 10.100. Der Sinkflug ist bereits eingeleitet. Von prognostizierten eine Million Fahrzeugen haben wir nicht einmal 30.000 Fahrzeuge erreicht, Kolleginnen und Kollegen.

Sie haben in Berlin verkündet, eine Million Elektrofahrzeuge auf den Straßen haben zu wollen. Das ist die Innovation. Sie müssen sich den Spiegel vorhalten lassen, da Sie nur bei 30.000 Fahrzeugen angelangt sind. Wo waren die Innovationen? Wo gab es eine Förderung? Warum hat es keine Innovation gegeben?

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebes Kabinett, es gab keine Innovation, weil es in Berlin pro eine Million Einwohner lediglich 125 Ladestationen gibt. In Bayern gibt es 58. Bayern ist damit auf Rang 10.

Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident, ich fahre seit drei Jahren ein Elektrofahrzeug, und zwar ein bayerisches. Ich fahre sowohl mit Range Extender als auch ohne. Wenn man auf eine nicht vorhandene Ladeinfrastruktur zurückgreifen muss, dann viel Spaß beim Fahren. Ich bin eisern und ein Pionier der Elektromobilität.

(Lachen bei der CSU)

– Ja, da brauchen Sie nicht zu lachen. Kolleginnen und Kollegen, ich möchte gerne von Ihnen wissen, wer nachts stehen bleiben möchte. Ich bin nachts schon stehen geblieben. Sie sagen nun, dass Sie mit 3,8 Millionen Euro die Elektroladeinfrastruktur ausbauen wollen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wissen Sie überhaupt, was eine Gleichstrom-Schnelladesäule kostet? – Diese kostet zwischen 35.000 und 50.000 Euro. Was wollen Sie dann mit Ihren 3,8 Millionen Euro erreichen? – Nur mit einer Gleichstrom-Schnelladesäule kann das Fahrzeug nach etwa 30 Minuten wieder bewegt werden. Wenn Sie von Hausladestationen sprechen, dann werden Sie die Elektromobilität nicht voranbringen. Sie brauchen in diesem Bereich einen gewaltigen Schub; denn nur mit einer bayernweit ausgebauten und flächendeckenden Ladeinfrastruktur wird die E-Mobilität wirklich bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen. Das ist ein grundlegendes Verständnis, und das ist auch das, was die Bürger von uns erwarten.

Der Ausbau der Ladestationen in den Städten ist ebenfalls spannend. In Berlin gibt es 536 Ladesäulen, in Stuttgart 375 und in München 80. Damit ist München auf Platz 9. Damit gewinnen wir als "Autoland Bayern" das Rennen nicht. Wir müssen hier deutlich aufholen.

Zum Abschluss möchte ich noch auf einige Zahlen eingehen: In Norwegen gibt es 22 % Elektrofahrzeuge, in Holland 9,7 % und in Deutschland 0,7 %. Bayern ist ein Autoland und braucht die Innovation. Ich glaube an die Autoindustrie. Aber ich bitte Sie, setzen Sie nicht auf die alten Technologien, sondern setzen Sie auf Neuerungen. Denken Sie daran, dass es in Zukunft das automatisierte Fahren geben wird. Die Fahrzeugkommunikation wird immer wichtiger werden, die Energiewende wird kommen. Die deutschen Fahrzeuge können als einzige Fahrzeuge auf dem

Markt nicht bidirektional laden. Dies bedeutet, dass ein Fahrzeug ein Energiespeicher ist. Wir diskutieren immer darüber, wie wir Energie aus Windrädern und Solarzellen speichern können. Dafür ist bidirektionales Laden notwendig. Jedes Fahrzeug ist ein Speicher auf dem Markt. Dafür brauchen wir weniger Netzausbau. Somit gibt es stabilere Netze, und wir haben die Energiewende besser im Griff. Das ist ein klarer Gewinn für jeden Bürger, der ein Elektrofahrzeug fährt.

(Hans Ritt (CSU): Dann fahren Sie nicht mehr!)

Das wären die Ideen, die von Ihnen kommen müssten. Sie könnten vieles tun, aber Sie tun nichts. Sie sind einfach immer noch in der alten Technologie verwurzelt. Dabei hat die Zukunft der Elektromobilität schon längst begonnen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Glauber. – Der nächste Redner ist der Kollege Kirchner. Bitte schön.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man die Ereignisse der Vergangenheit Revue passieren lässt, dann kommt man zu dem Ergebnis, dass es bereits ungläubliche Angriffe auf den bayerischen Automobilstandort gegeben hat. Im Hohen Haus ist dies in der öffentlichen Diskussion insbesondere durch die Opposition geschehen. Heute kommt wieder ein derartiger Angriff, und zwar in erster Linie von Ihnen, Herr Hartmann. Genauso wie bei der Diskussion im Mai stelle ich heute wieder fest, dass Sie die Themen nur anreißen. Im Mai haben Sie einen Dringlichkeitsantrag dazu gestellt. Heute haben Sie eine Aktuelle Stunde vorgeschlagen. Sie stellen viele Anschuldigungen in den Raum. Jedoch zeigen Sie keine eigenen Wege auf, wie Sie die genannten Ziele erreichen wollen und wie Sie vorgehen wollen. Sie lassen auch außen vor, wie Sie entsprechende Erfolge erzielen wollen.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Sie sind in der Regierung!)

Als Gedankenstütze weise ich darauf hin, dass ich damals aufgezeigt habe, welche Wege im öffentlichen Personennahverkehr mit neuen Verkehrskonzepten, mit einem Verkehrsleitsystem und mit Fahrradwegen usw. zur Verfügung stehen. Diese Ideen haben Sie heute für Ihre Rede übernommen. Es sei Ihnen aber gegönnt.

Herr Glauber, Sie bezeichnen sich selbst als Pionier der Elektromobilität. Wir wohnen beide in der Max-

Planck-Straße. Dort steht in der Tiefgarage ein großer Range Extender aus Zuffenhausen. Für die weiteren Strecken scheint die Elektromobilität auch bei Ihnen nicht zur Anwendung zu kommen.

Für die heutige Diskussion ist auch wichtig, die wirtschaftliche Bedeutung der Automobilbranche in den Vordergrund zu stellen. Die Automobilbranche ist mit einem Umsatzanteil von 29,8 % der größte Industriezweig in Bayern, noch vor dem Maschinenbau. Dies wurde vorhin bereits angesprochen. Mit der Automobilindustrie sind in Bayern durch die vielen direkten und auch indirekten Beschäftigungsverhältnisse der Zulieferindustrie etwa 500.000 Arbeitsplätze verbunden. Die positive Wirtschaftsentwicklung in Bayern ist zum großen Teil der Automobilbranche zu verdanken. Bei der heutigen Diskussion müssen wir uns vor Augen halten, dass es zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung Bayerns und dem Automobilbau eine gewisse Abhängigkeit gibt. Sehr geehrte Damen und Herren der Opposition, dies sollten wir bei unserem Handeln und Tun und bei der Wortwahl bedenken.

Die Top-Marken der Automobile sind in erster Linie in Bayern angesiedelt. Das betrifft auch die Busse und die Nutzfahrzeuge. Wir haben hier außerdem ein Netzwerk von hoch qualifizierten, hervorragenden Zulieferern. Wenn man genauer hinschaut, dann sieht man: Mit diesen Unternehmen sind auch Innovationen und Zukunftstechnologien verbunden. Das automatisierte Fahren, eine Zukunftstechnologie, über die wir hier im Hause immer wieder sprechen, und Fahrerassistenzsysteme entstehen "Made in Bavaria". Es gibt die vernetzte Mobilität auch im Bereich von Industrie 4.0, die automatisierte, die vernetzte Produktion.

Sie sprechen den Abgasskandal an. Da müssen wir schon aufpassen. Auch wir von der CSU verurteilen jede vorsätzliche Täuschung. Hier steht die Industrie in der Pflicht zu reagieren. Wir haben aber andere Instrumente und andere Organe, die das prüfen, Verfehlungen feststellen und die notwendigen Konsequenzen ableiten. Wir brauchen eine umfassende Aufklärung, keinen Generalverdacht. Das darf auch nicht der Anlass für ständige überzogene Debatten und Reaktionen hier im Hause sein. Herr Hartmann, zu Ihrem Beruf steht in unserem Verzeichnis irgendetwas mit Kommunikationsmanagement. Sie sind kein Jurist, aber Sie haben vorhin festgestellt: Der Betrug ist offensichtlich. – Ich erwarte von Ihnen, dass Sie diese Aussage belegen, dass Sie sie nicht einfach im Raum stehen lassen.

Über die Maßnahmen in dieser Situation ist schon viel gesprochen worden. Es geht darum, Prüfungen im Realbetrieb voranzutreiben und Laborprüfungen realistisch auszugestalten. Sie müssen weiterentwickelt

werden, damit Defizite in der Spezifikation nicht zu Lücken führen. Es geht auch um die Weiterentwicklung der CO₂-Regulierung auf Ebene der Europäischen Union und um eine ganzheitliche Betrachtung. Es geht nicht nur um Neufahrzeuge, sondern auch um Bestandsfahrzeuge und um die Möglichkeit, Nachrüstungen voranzubringen und diese auch zu flankieren. Wenn wir von einem Pakt mit den Fahrzeugherstellern sprechen, dann sind darin wesentliche Punkte abgebildet. Es ist auch wichtig, dass wir nicht zu Vorfestlegungen neigen. Wir dürfen nicht Grenzwerte festlegen, die im Nachhinein nicht zu halten sind.

In der Zukunft der Mobilität, Herr Hartmann, wird der von Ihnen verteilte Verbrennungsmotor aufgrund der Situation noch sehr, sehr lange eine Rolle spielen; eine Rolle für die Wirtschaft, aber auch für die Mobilität. Zwar wird die Elektromobilität immer mehr an Bedeutung gewinnen, aber das wird in Entwicklungsschritten, in Zyklen, geschehen, wie sie für die Entwicklung vonnöten sind. Dazu gehört die Weiterentwicklung der Batterietechnologie. Das wird im Übrigen in Bayern gemacht, nicht in China, wie Sie das vorhin dargestellt haben.

Es geht auch darum, dass die Elektromobilität nicht nur batteriebetrieben ist, sondern dazu gehören auch die Brennstoffzelle und der Verbrennungsmotor, der Gasantrieb, um die Möglichkeiten von Power-to-X nutzen zu können.

Sie haben es richtig angesprochen: Wir brauchen eine Ladeinfrastruktur. Dazu möchte ich Ihnen auch eine Zahl in Erinnerung rufen: Der Bund wird bis 2020 300 Millionen Euro investieren. Vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags wird der Freistaat Bayern auch entsprechend aktiv sein, damit bis 2020 7.000 neue Ladestationen entstehen. Den wissenschaftlichen Bereich hat Herr Kollege Blume skizziert.

Ich komme aus einer Region, in der die Elektromobilität vorangetrieben wird. Dort wird sie weiterentwickelt, dort entsteht auch der Zeitgeist Bayerns. Dort gibt es das Technologietransferzentrum für Elektromobilität, und zwar in Bad Neustadt an der Saale. Auch dort sind schon Innovationen für das Batteriemangement verfügbar.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Sandro Kirchner (CSU): In diesem Sinne möchte ich zum Schluss kommen. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus der Opposition, gehen Sie mit der bayerischen Wirtschaft und den Arbeitsplätzen behutsam

um. Treiben Sie die Dinge intensiv, aber sensitiv voran.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Kirchner. Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Ritt. Bitte schön, Herr Ritt.

Hans Ritt (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, werde Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich Herrn Kollegen Hartmann zitiere – Herr Rinderspacher hat Ähnliches angesprochen –, sage ich: Wir brauchen mehr Bahnen und mehr Busse. – Jawohl, das wollen wir auch.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Dann macht es doch auch!)

Dann darf ich aber eines gleich betonen, und das habe ich hier im Hohen Hause schon einmal gesagt: Wenn wir mehr Busse brauchen, dann würde ich mir wünschen, dass die Landeshauptstadt München nicht 500 neue Dieselse in Dienst nimmt, die dann 12 Jahre im Einsatz sein werden – mit 12 Jahren werden sie ausgetauscht –, die 33 Millionen Kilometer im Jahr zurücklegen und jede Menge Feinstaub und NO_x produzieren.

(Beifall bei der CSU)

Hier müsste sich die Landeshauptstadt ein Beispiel an der Stadt Augsburg nehmen. Die Stadt Augsburg hat 95 neue Bio-Erdgasbusse in Betrieb genommen. Diese Busse sind klimaneutral. Sie stoßen kein NO_x und keinen Feinstaub aus. Da wäre für die Landeshauptstadt München noch viel zu tun.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo, bravo!)

Oder nehmen wir als Beispiel Ankara: Dort sind 1.110 Erdgasbusse im Einsatz, die in München produziert wurden.

(Ingrid Heckner (CSU): Sehr gut! – Beifall bei der CSU)

Herr Hartmann, wenn ich von Ihnen höre, die Zukunft liege in der Elektromobilität, dann vergessen Sie wie alle Vorredner von der Opposition – auch Sie, Herr Glauber – den Kraftwerkspark. Wenn ich nämlich die Emission des Elektromobils berechne, dann komme ich auf 55 Gramm Kohlendioxid. 55 Gramm auf den Kraftwerksmix berechnet, das muss man bedenken. Wie ich schon sagte, mit CNG, mit Erdgas, haben wir fünf Gramm. Wenn das dann auch noch in der Biogasanlage hergestellt wird, dann gibt es einen viel

besseren Kraftstoff, auch wenn ich den Aufwand berücksichtige, den ich dafür betreiben muss. Deshalb gibt es einen viel besseren Kraftstoff und damit eine viel bessere Alternative als die E-Mobilität. Die bessere Alternative ist CNG – Compressed Natural Gas. CNG, das ist die bessere Alternative.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das sehen die internationalen Märkte aber anders, Herr Kollege!)

Wenn ich das umrechne, bezogen auf eine Biogasanlage, dann komme ich auf fünf Gramm. Das heißt, für die Zukunft gibt es eine bessere Alternative als die Elektromobilität.

In den letzten Tagen konnten wir in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" unter Bezugnahme auf das ifo Institut lesen, wenn Ihre Forderung umgesetzt würde, dass wir bis 2030 keinen Verbrennungsmotor mehr haben, Herr Hartmann, blieben in Deutschland 600.000 Arbeitsplätze auf der Strecke.

Herr Glauber, ich frage mich außerdem: Woher kommt das ganze Lithium? – Weltweit haben wir nicht so viel Lithium, um 45 Millionen Autos auf den Elektroantrieb umzustellen. Sie haben vorhin gesagt, das ist ganz wunderbar, Sie wollen damit die Energiewende gestalten. Ich muss da schon die Frage stellen: Wollen Sie Auto fahren, oder wollen Sie speichern?

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Sowohl als auch! – Markus Rinderspacher (SPD): Beides, Herr Kollege!)

Wenn der Speicher in Ihrem Auto nämlich nicht voll ist, dann fahren Sie nicht. Das heißt ganz einfach, die Zukunft liegt im CNG, im Compressed Natural Gas, oder beim Biogas. In der letzten Woche habe ich in Straubing mit Vertretern der Firma VERBIO gesprochen, die aus Stroh Biogas herstellt. Vier Tonnen Stroh bringen so viel Biogas in Erdgasqualität, dass ich mit meinem Erdgasauto davon im Jahr 12.000 Kilometer klimaneutral fahren kann.

(Beifall bei der CSU)

Wenn wir jetzt hochrechnen, wie viel Stroh wir in Deutschland haben, dann ergibt das ein wunderbares Ergebnis. Es ist von acht bis zwölf Millionen Tonnen Stroh die Rede, das man in Gas umwandeln könnte. Das wären 5,5 Millionen Biogafahrzeuge. Die Elektromobilität, das sage ich Ihnen noch einmal, wird einen Anteil haben. In Zukunft wird es aber auch verstärkt die CNG-Technologie geben; denn CNG ist der neue Diesel.

Ich habe vorhin von Herrn Hartmann einiges zu NO_x gehört. Das kommt ideologischer Brandstiftung gleich.

Ich sage Ihnen: Spätestens 2020 werden wir in Bayern keine Überschreitung der NO_x-Werte mehr haben. Warum? – Weil der Euro 6 immer stärker durchschlägt. Der Euro 6 reduziert die Schadstoffe. Dann haben wir ab 2020 keine Überschreitungen mehr bei den NO_x-Werten.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Was den Feinstaub anbelangt, so hatten wir in den Jahren 2012 bis 2016 keine einzige Überschreitung. 2017 hatten wir Überschreitungen. Das heißt aber noch lange nicht, dass wir, wenn das Jahr zu Ende ist, 35 Mal den Grenzwert überschritten haben.

Zum Schluss möchte ich noch etwas sagen. Die Sache ist ganz einfach; denn es gibt einen wunderbaren Kraftstoff. Ich würde mir wünschen, die Opposition würde mehr Werbung für CNG betreiben.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo, bravo!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Ritt. – Für die Staatsregierung hat sich Herr Staatssekretär Pschierer zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst, Herr Kollege Hartmann, Sie lagen mit dem Thema durchaus richtig. Bei den Ausführungen lagen Sie aber, wie nicht anders zu erwarten, wieder einmal voll daneben. Das resultiert aus einem ganz einfachen Grund: Sie haben die verschiedenen Politikbereiche wieder einmal kräftig gegeneinander ausgespielt. Für uns in der Staatsregierung geht es bei diesem Thema darum, Umwelt-, Klima-, Verkehrs- und Industriepolitik in der Gesamtschau zu sehen. Was Sie aber machen, das ist die Diffamierung einer Schlüsselbranche der Bundesrepublik Deutschland und des Premiumstandortes Freistaat Bayern, was die Automobilwirtschaft anbelangt. Das weise ich mit aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei der CSU)

Herr Hartmann, Sie sagen, Diesel habe keine Zukunft. Moderne Dieselsechnologie – Deutschland ist führend in der Dieselsechnologie – hat vielleicht mehr Zukunft als die GRÜNEN im Freistaat Bayern. Meine Damen und Herren, die GRÜNEN in Bayern sollten sich am Kollegen Kretschmann, dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten, orientieren. Er hat erkannt, dass es allein mit Verbotsmoralität und Gängelung nicht geht. Ich weiß nicht, ob er die bayerischen GRÜNEN gemeint hat, aber er hat einige Teile der GRÜNEN für verrückt erklärt, nämlich dieje-

nigen, die ein fixes Ausstiegsdatum für Verbrennungsmotoren fordern. Meine Damen und Herren, überlegen wir doch einmal: Bis zum Jahr 2030 gibt es gerade einmal zwei Modellzyklen bei BMW und Audi. Wer plant, innerhalb von nur zwei Modellzyklen aus der Verbrennungsmotor-Technologie auszusteigen, beschädigt die bayerische Wirtschaft insgesamt nachhaltig. Deshalb lehnen wir ein Fahrverbot sowie ein Ausstiegsdatum konsequent ab.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

– Herr Hartmann, Sie haben ein Problem. Zwischen Ihnen, den bayerischen GRÜNEN, und Herrn Kretschmann gibt es einen großen Unterschied.

(Jürgen W. Heike (CSU): Die Mehrheit!)

Herr Kretschmann hat etwas, das Sie nie haben werden. Er hat die Regierungsverantwortung. Sie haben keine Regierungsverantwortung und werden sie auch nie haben. Das ist auch gut so.

Wir brauchen keine politische Verbots- oder Vorschriftskultur. Wir wollen innovative Technologien. Die Elektromobilität muss überzeugen. Deshalb wollen wir einige Punkte ganz konsequent vorantreiben. Wir wollen Anreize für eine schnelle Modernisierung der Diesel-Fahrzeugflotten schaffen. Herr Kollege Glauber, dabei geht es nicht um Abwrackprämien. Es geht um ein Anreizsystem. Erklären Sie mir, warum bei der Kfz-Steuer zwischen Dieselnorm 3 und 6 keine Differenzierung vorgenommen wird. Ich will eine Privilegierung der modernsten Dieselsechnologie in der Steuerpolitik. Dies gilt nicht für die alten Dreckschleudern; die neueste Dieselsechnologie wollen wir privilegieren.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Ihr sitzt doch in Berlin!)

– Wir sitzen zwar in Berlin, aber leider nicht alleine. Das ist der Punkt.

Wir setzen zweitens auf moderne Antriebstechnologien wie die Elektromobilität. Drittens setzen wir auf die Zusammenarbeit mit der deutschen und der bayerischen Automobilwirtschaft. Die gemeinsame Erklärung mit der bayerischen Automobilwirtschaft und Fahrzeugindustrie atmet auch diesen Geist. Liebe Kollegen von der Opposition, an diesem Geist orientieren sich inzwischen auch andere Ministerpräsidenten, die über Automobilstandorte verfügen. Nicht nur Herr Kretschmann, sondern auch Herr Weil in Niedersachsen und Herr Bouffier in Hessen – leider haben bei Opel die Franzosen das Sagen – orientieren sich an dieser Erklärung.

Herr Rinderspacher, ich gebe Ihnen recht, im ÖPNV muss viel passieren. Ich kann Ihnen prophezeien, dass wir die Kommunen beim Thema ÖPNV nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Mit Herrn Kollegen Reiter und Herrn Kollegen Maly haben Sie jede Menge Möglichkeiten, einen guten ÖPNV voranzutreiben. Wir wollen auch den "Green City Pakt" gemeinsam angehen.

Herr Rinderspacher, in einem Punkt will ich Ihnen ausdrücklich recht geben. Die Taktgeber bei der Elektromobilität werden nicht unbedingt deutsche oder europäische Konzerne sein. Derzeit wird der Takt sehr stark von China angegeben. In diesem Jahr war ich selber im Rahmen von Delegationsreisen, einmal in Begleitung des Herrn Ministerpräsidenten, in China. Sie haben die Zahlen zu Recht genannt: In China werden 43 % aller Elektrofahrzeuge weltweit gebaut. Dort fahren 650.000 E-Fahrzeuge. Ich darf Ihnen versichern, dass wir uns in enger Abstimmung mit der IG Metall und Herrn Wechsler befinden. Ich bedauere zutiefst, dass wir derzeit keine bundesdeutsche oder bayerische Batteriezellen-Fertigung haben. Wenn ich unter die Haube der Elektrofahrzeuge schaue, bemerke ich, 80 % der Batterien kommen aus Asien. Aus diesem Grund nimmt die Staatsregierung sehr viel Geld, nämlich 130 Millionen Euro, in die Hand für den Ausbau der Forschungslandschaft, den Aufbau von Modellregionen, für Vorzeigeprojekte für Elektromobilität und für die Clusterstrategie Elektromobilität.

Der Umweltbonus wurde angeführt. Die Kaufprämie hat nicht den Erfolg gebracht, den wir uns erwartet haben. Sie würde für 300.000 Fahrzeuge reichen. Der Absatz ist derzeit jedoch noch schleppend. Ein Thema nehmen wir jedoch besonders ernst. Ich lade Sie von der Opposition ein, uns dabei tatkräftig zu begleiten. Das wird eine gemeinsame Aufgabe der Staatsregierung, der Landespolitik, der Kommunen und der Wirtschaft sein. Dabei handelt es sich um den Ausbau der Ladestationen im Freistaat Bayern. Im Rahmen des Bundesförderprogramms von Verkehrsminister Dobrindt in Höhe von 300 Millionen Euro werden bis zum Jahr 2020 200 Millionen Euro für die Schnelllade-Infrastruktur und 100 Millionen Euro für die Normallade-Infrastruktur zur Verfügung gestellt. Ich darf Ihnen versichern: Wir starten auch ein eigenes bayerisches Förderprogramm zur Ladeinfrastruktur. Das Bundesförderprogramm vom März und April war bereits ein voller Erfolg.

Herr Rinderspacher, Sie haben eine konkrete Frage gestellt und haben das Recht auf eine konkrete Antwort. Wir werden am 1. September 2017 – nicht 2018 oder 2019 – die Förderrichtlinie für unser Förderprogramm zur Ladeinfrastruktur in Kraft setzen. Wir haben uns im Wirtschaftsministerium ein ehrgeiziges

Ziel gesetzt. Wir wollen bis zum Jahr 2020 7.000 öffentlich zugängliche Ladesäulen im Freistaat Bayern zur Verfügung stellen. Wenn ich großzügig rechne, verfügen wir derzeit über rund 1.500 Ladesäulen. Das bedeutet, dass noch viel zu tun ist. Wir laden alle Kommunen, alle juristischen Personen und alle Privatpersonen ein, sich für dieses Thema zu engagieren. Hinsichtlich der gesetzlichen Rahmenbedingungen bedanke ich mich ausdrücklich bei unserem Justizminister, der auf Bundesebene die Initiative ergriffen hat.

Wir haben bei Bayern Innovativ eine Kompetenzstelle Elektromobilität in Nürnberg eingerichtet, an die sich alle Kommunen und alle Interessierten wenden können, um sich zu informieren. Außerdem haben wir als Informations-Tool einen Ladeatlas Bayern bereitgestellt, anhand dessen sich Kommunen informieren und ihre Ladeinfrastruktur vor Ort besser planen können.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, es passiert sehr viel. Wir haben das ehrgeizige Ziel, den Freistaat Bayern weiter als Premiumstandort der Automobilwirtschaft zu erhalten. Herr Hartmann – jetzt schließt sich der Kreis –, dies geschieht nicht mit Ideologie und Verbotsmentalität. Wir wollen auch in der Zukunft eine wettbewerbsfähige Automobilwirtschaft. Sie sollten sich an Ihrem Ministerpräsidenten Kretschmann in Baden-Württemberg orientieren. Wir brauchen die Elektromobilität. Sie wird kommen. Davon bin ich fest überzeugt. Hören Sie auf mit Ihren oberlehrerhaften Vorschriften und Vorschlägen. Da machen wir nicht mit, da macht die Wirtschaft nicht mit, und die Menschen in diesem Land werden auch nicht mitmachen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatssekretär. – Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2 a** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze und der Verordnung zur Ausführung der Sozialgesetze (Drs. 17/17532) - Erste Lesung -

Den Gesetzentwurf begründet Herr Staatssekretär Hintersberger. Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Sozialministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze – langer Titel – und der Verordnung zur Ausführung der Sozialgesetze

geht es um zwei Punkte. Beide betreffen die Weiterleitung von Bundesmitteln an die Kommunen.

Erstens. Die Zuteilung von Bundesmitteln an Landkreise und kreisfreie Städte soll zielgenauer erfolgen. Der Bund beteiligt sich an den Kosten für Unterkunft und Heizung – KdU – im Rahmen des SGB II. Nach SGB II kommt der Bund teilweise für Kosten auf, die bei den Kommunen anfallen. Dabei handelt es sich um die flüchtlingsbedingten Kosten für Unterkunft und Heizung, die der Bund bis zum Jahr 2018 voll übernimmt. Dem engagierten Verhandeln unseres Ministerpräsidenten ist es zu verdanken, dass sich die Ministerpräsidentenkonferenz in diesem Punkt durchgesetzt hat.

Zweitens geht es um die Bildungs- und Teilhabeleistungen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.

Allerdings kann der Bund den Kommunen die Kosten nicht direkt erstatten. Das ist rechtlich nicht zulässig. Deshalb nutzt er die Beteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung im SGB II als mittelbaren Weg der Erstattung. Im Ergebnis bedeutet das, dass der Bund seinen Erstattungsbetrag an die Länder auszahlt. Die Länder geben das Geld dann an die Kommunen weiter. Diese Leistung erfolgt pauschal, indem der Bund seine Beteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung erhöht. Das heißt, der Anteil des Bundes wird nicht passgenau an die Ausgaben der Kommunen angepasst.

Probleme wirft dieser mittelbare Ausgleichsmechanismus insbesondere bei den flüchtlingsbedingten Kosten der Unterkunft auf. Gegenüber der Zeit vor 2015 hat sich durch die zusätzlichen Kosten für die flüchtenden Menschen ein deutlicher Mehraufwand ergeben. Der Anteil des Bundes wurde dabei nicht passgenau an die flüchtlingsbedingten Kosten der bayerischen Kommunen angepasst. Vielmehr hat der Bund seinen Anteil an den Leistungen für deutsche und für ausländische Leistungsberechtigte in gleichem Maße um bestimmte länderspezifische Berechnungspunkte erhöht. Im Ergebnis profitieren derzeit alle bayerischen Kommunen gleichermaßen von diesen Erstattungen durch den Bund. Welche Kosten tatsächlich bei ihnen angefallen sind, spielt derzeit keine Rolle. Genau dies soll durch diesen Gesetzesvorschlag geändert werden.

Wir wollen auf Landesebene die Bundesmittel so an die Kommunen weiterleiten, dass sie passgenau von ihren vor allem flüchtlingsbedingten Kosten für Unterkunft und Heizung, aber auch von den Kosten für Bildungs- und Teilhabeleistungen entlastet werden. Wie soll dies passieren? – Es soll eine interkommunale

Verteilung eingeführt werden. Für jede Kommune wird jeweils für das Vorjahr ein Einnahmen- und Ausgabensaldo festgelegt. Hatte eine Kommune weniger Ausgaben für Flüchtlinge oder für Bildungs- und Teilhabeleistungen, als sie an Bundesmitteln bekommen würde, muss sie etwas abgeben. Hatte eine Kommune tatsächlich mehr Ausgaben, bekommt sie zusätzliche Finanzmittel zugeteilt. So erhalten die Kommunen, bei denen höhere Kosten anfallen, entsprechend mehr Geld aus der Bundesbeteiligung. Ich meine, dieser Weg ist richtig. Die kommunalen Spitzenverbände haben ihm nicht nur zugestimmt, sondern das Verfahren wegen der starken zusätzlichen Belastungen aufgrund der Flüchtlingssituation auch entscheidend angeregt.

Zum anderen geht es bei diesem Gesetzentwurf um die Erstattung von Mehrkosten durch den Bund, die den Kommunen als Sozialhilfeträger im Zusammenhang mit dem Bundesteilhabegesetz entstehen. Mit dem Bundesteilhabegesetz wurde das Arbeitsförderungsgeld erhöht und die Grundlage dafür geschaffen, dass der Vermögensschonbetrag in der Sozialhilfe angehoben wird. Ursprünglich betrug er 2.600 Euro. Jetzt wurde er auf 5.000 Euro angehoben. Vom Bund konnte die Zusage erreicht werden, dass die sich hieraus ergebenden Mehrkosten zur Hälfte erstattet werden. Ab 2017 bezahlt der Bund einmal jährlich Erstattungsleistungen an den Freistaat. Von diesen Leistungen profitieren vor allem die Bezirke, die als Träger dieser Leistungen fungieren. Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir die Durchleitung dieser Zahlungen an die Bezirke regeln; denn bei ihnen als überörtliche Träger der Sozialhilfe entstehen die überwiegenden Mehrkosten. Dort soll das Geld auch eins zu eins ankommen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir haben diesen Gesetzentwurf, wie schon gesagt, in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden erarbeitet. Wir haben ihn insbesondere mit dem Städtetag und mit dem Landkreistag abgestimmt, weil diese beiden kommunalen Spitzenverbände federführend sind. Das Gesetz soll gewährleisten, dass die Bundesmittel dort ankommen, wo bei den Kommunen auch tatsächlich Kosten anfallen. Ich bitte daher um Zustimmung zum Gesetzentwurf.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatssekretär. – Erste Rednerin in der Aussprache ist die Kollegin Weikert. Bitte schön, Frau Weikert.

Angelika Weikert (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute die Erste Lesung zu diesem Gesetzentwurf. Eine Abstimmung steht

heute noch nicht auf der Tagesordnung. Wir werden über diesen Gesetzentwurf sicher noch eine sehr ausführliche Diskussion im zuständigen Ausschuss zu führen haben. Als Erstes stellt sich für uns Sozialdemokraten die Frage, ob wirklich alle Bundesmittel, die für flüchtlingsbedingte Mehrkosten zur Verfügung gestellt werden, an die Kommunen des Freistaates Bayern weitergeleitet werden. Dazu hören wir immer unterschiedliche Aussagen. Werden alle Mittel weitergeleitet? Diese Frage werden wir im Laufe der Zeit und im jeweiligen Ausschuss stellen.

Sie haben die Neuregelung jetzt ausreichend begründet. Ich habe den Gesetzentwurf auch ausführlich gelesen. Ist die Verteilung dieser Bundesmittel tatsächlich auch gerecht? Im vergangenen Jahr hatten wir einmal eine Rechnung einer kleineren Stadt im Freistaat Bayern vorliegen, bei der es nur um einen Teilaspekt ging. Damals wurde die Rechnung aufgemacht, dass die Kommunen unterschiedlich profitieren, die einen mehr und die anderen weniger. Deshalb sind bei diesem Gesetzentwurf wirklich viele Fragen veranlasst. Welche Kommunen profitieren davon? Welche Kommunen schneiden deutlich schlechter ab? Im Gesetzentwurf steht, dass es keinen bürokratischen Aufwand gibt. Gibt es den wirklich nicht? Gibt der Gesetzentwurf den Kommunen mehr Planungssicherheit in der Abrechnung, damit sie auch wissen, wann die Gelder fließen? Daneben möchten wir auch wissen, ob es über den Gesetzentwurf hinaus Planungen der Staatsregierung gibt, die Kommunen stärker als bisher von flüchtlingsbedingten Kosten zu entlasten. Das ist immer ein Thema des Städtetages und des Gemeindetages. In den jüngsten Pressemitteilungen war immer zu lesen, dass die Kommunen auf ganz vielen Kosten sitzen bleiben und der Freistaat sie weitgehend im Stich lässt.

Ich will jetzt noch gar nicht sagen, dass der Gesetzentwurf schlecht ist. Ich will aber auch nicht sagen, dass er gut ist. Wir haben zu dem Gesetzentwurf eine ganze Reihe von Fragen. Wenn Sie sagen, dass der Gesetzentwurf mit den kommunalen Spitzenverbänden abgesprochen und dementsprechend ausgearbeitet worden ist, wollen wir uns natürlich auch versichern, ob das tatsächlich der Fall ist. Wir werden uns deshalb auch mit den beteiligten Gremien in Verbindung setzen. Fakt ist, dass ein überwiegender Teil der Kommunen – das haben Sie auch ausgeführt – bisher keine Auszahlungen aus dem Entlastungsanteil bekommen hat. Andere Kommunen sollen den Ausgleich zukünftig über die Umverteilung bekommen. Im Kern wissen wir nicht, welche Kommunen von diesem Gesetzentwurf profitieren und welche schlechter abschneiden. Ist der Gesetzentwurf ein Beitrag dazu, dass die Kosten, die auf die Kommunen zukommen, gerecht oder gerechter verteilt werden?

Ich will meine Redezeit gar nicht weiter ausnutzen, sondern stelle einfach diese Fragen. Ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss, wo wir die Fragen nochmals gezielt einbringen werden. Seien Sie auch aufseiten des Sozialministeriums versichert: Wir werden die Zeit, bis der Gesetzentwurf im Oktober in den Fachausschuss kommt, nutzen, um uns bei unseren Kommunen, aber auch bei den kommunalen Spitzenverbänden dahin gehend zu vergewissern, ob das tatsächlich so ist, wie Sie es hier eingebracht haben, und ob damit alle Kommunen zufriedengestellt werden. Ich glaube es zunächst auf Anhieb nicht. Für die weitere Diskussion verweise ich, wie gesagt, auf die aufgeworfenen Fragen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Weikert. – Nächster Redner ist der Kollege Dr. Reichhart. Bitte schön, Herr Dr. Reichhart.

Dr. Hans Reichhart (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst für die CSU-Fraktion erklären, dass wir wirklich froh sind, dass dieser Gesetzentwurf jetzt kommt, und zwar aus zwei Gründen. Zum einen, weil der Gesetzentwurf zwei Themen anspricht, nämlich nicht nur die Flüchtlingsproblematik, sondern auch die Frage des Umgangs mit Menschen mit Behinderung. Ich glaube, auch darauf sollten wir den Fokus richten. Wenn wir hier die Erhöhung des Arbeitsförderungsgeldes und des Vermögensschonbetrags in bayerisches Recht umsetzen und den Vollzug vornehmen, dann ist das, glaube ich, ein Schritt, auf den wir stolz sein können, Frau Weikert. Wir haben als Sozialpolitiker sehr lange dafür gekämpft, beim Schonbetrag und beim Arbeitsentgelt für Menschen mit Behinderungen etwas zu erreichen. Ich bin froh, dass wir es auf Bundesebene zusammen geschafft haben, hier eine Verbesserung herbeizuführen.

Man hätte sich sicherlich gerade beim Schonbetrag noch mehr wünschen können. Aber wir haben den ersten Schritt gemacht. Wir haben es geschafft, dass wir sagen können: Der Schonbetrag wird erhöht. Wir haben es geschafft, dass Arbeitsleistung von Menschen mit Behinderung durch den Staat noch stärker honoriert wird. Insoweit können wir auf diesen Bereich wirklich stolz sein. Auch diesen Bereich sollte man deshalb nennen. Auch in diesem Bereich haben wir etwas geleistet, um den Menschen, die sich sonst nicht artikulieren können und zu den Schwächsten in unserer Gesellschaft zählen, eine Anerkennung zuteilwerden zu lassen, sie aus dem reinen Bedürfnisbegriff herauszuholen und zu sagen, dass auch diese Menschen etwas leisten und dass auch diese Menschen einiges verdient haben. Ich glaube, darauf können wir

alle, die wir Sozialpolitik machen, stolz sein. Wir können sagen, dass wir dort wirklich einen Schritt weitergekommen sind.

Der zweite Punkt, den der Herr Staatssekretär schon angesprochen hat, ist aber genauso wichtig, nämlich im Bereich der finanziellen Tragfähigkeit von Flüchtlingskosten, von Unterbringungskosten, etwas zu leisten, indem wir sagen: Wir wollen dahin gehend Gerechtigkeit schaffen, dass wir die Kommunen ansprechen, die mehr leisten und erhöhte Ausgaben erbringen, und damit einen Anreiz schaffen. Wir werden den Anreiz schaffen, Bildung und Teilhabeleistungen stärker auszuschiütten und stärker dafür zu werben, und fragen: Wie machen Sie das dem betroffenen Personenkreis zugänglich und schauen nicht, dass möglichst wenige diese Leistung in Anspruch nehmen? Auch insoweit ist der Ansatz richtig und wichtig. Daher stehen wir als CSU-Fraktion hinter diesem Gesetzentwurf. Wir freuen uns auf die weiteren Beratungen und werden diese konstruktiv und positiv begleiten. Ich freue mich auf die Auseinandersetzung im Ausschuss.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Dr. Reichhart. – Nächster Redner ist der Kollege Dr. Fahn. Bitte schön, Herr Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fragen, die Frau Weikert gestellt hat, sind richtig und gut und sollten konkret beantwortet werden. Ich will mit einem anderen Einstieg in das Thema Asylkosten beginnen. Mitte April 2017 richteten viele Bürgermeister Hilferufe an die Bundeskanzlerin. Es war jeweils die Asylrechnung, die die Bürgermeister an Frau Merkel schickten. Der SPD-Oberbürgermeister von Fürth, Thomas Jung, schrieb: Pro Jahr entstehen uns zehn Millionen Euro an Kosten. Sieben Millionen Euro tragen Bund und Land. Den Rest zahlen wir aus eigener Tasche. – In Leipzig betrug diese Differenz sogar 27,3 Millionen Euro. Viele Kommunen haben große Probleme, die ihnen entstehenden Mehrkosten im Zuge der Asylkrise zu bezahlen.

Wir sagen: Hier geht es um eine staatliche Aufgabe. Dafür sind Bayern und der Bund komplett zuständig. Mitte 2017 haben wir eine eigene Umfrage bei den FREIEN WÄHLERN gemacht. Dabei ging es auch um das Problem der Kostenübernahme im Zusammenhang mit der Asylsituation. Es ging um das Problem der fehlenden Kostenübernahme, zum einen bei Personalkosten und zum anderen bei Sachkosten. Es gibt eine Hochrechnung der kommunalen Spitzenverbände für das erste Halbjahr 2016. Die aktuellen Zah-

len kommen in diesen Tagen. Da ging es um eine Mehrbelastung von 215,4 Millionen Euro, die die Kommunen gemeinsam durch diese Flüchtlingskrise haben. Das heißt, die Kommunen werden insgesamt belastet. Das muss man sehen.

Ich nenne Beispiele: Die Personalkosten betragen in Regensburg 1,5 Millionen Euro, in Kitzingen 589.000 Euro, in Dillingen 682.000 Euro, im Nürnberger Land 550.000 Euro. Ich nenne noch Beispiele für Mehrbelastungen durch Sachkosten. Da geht es um das Ausländer- und das Gesundheitsamt und die Anmietung von Räumen. In Regensburg waren es 419.000 Euro, im Unterallgäu 286.000 Euro, im Nürnberger Land 272.000 Euro. Das heißt, heute werden die Kommunen noch unverhältnismäßig hoch belastet. Wir sagen: Das muss sich ändern. Die Probleme sind noch nicht gelöst.

Allerdings – das ist richtig – macht der Gesetzentwurf der Staatsregierung einen kleinen Anfang. Es geht um die Verteilung der Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung. Bisher wurden diese Bundesmittel unabhängig von der tatsächlichen Belastung vor Ort verteilt. Die Konsequenz war, dass diejenigen Kommunen, welche aufgrund besonderer Konstellationen extrem hohe Kosten hatten, nicht besser entlastet wurden als Kommunen mit geringeren Kosten. Das war und ist ungerecht. Als Anwalt der Kommunen können wir zunächst einmal grundsätzlich sagen, dass mit diesem Gesetzentwurf an den richtigen Stellen gedreht wird. Durch den Gesetzentwurf kommt es zu einer anderen Art der Verteilung, das heißt zu einer Spitzabrechnung der für den flüchtlingsbedingten Mehraufwand durch den Bund zur Verfügung stehenden Gelder. Die Umverteilung soll jeweils einmal jährlich rückwirkend auf das Vorjahr bezogen erfolgen. Erstmals soll die Umverteilung im Jahr 2018 für das Jahr 2017 stattfinden. Allerdings – das muss man kritisch sagen – gehen die Jahre 2016 und 2015 leer aus. Wir haben konkret den Landrat von Landshut gefragt. Peter Dreier schreibt uns: Damit erhält unser Landkreis rund eine Million Euro mehr als im Jahr zuvor, sodass ein Großteil der Mehrausgaben für die Kosten für Unterkunft aufgefangen werden können. – Mit anderen Worten: Dieser Gesetzentwurf der Staatsregierung ist ein Schritt in die richtige Richtung. Das bedeutet aber nicht, dass alle Personal- und Sachkosten komplett übernommen werden.

Wir FREIE WÄHLER signalisieren unsere zunächst kritische Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf und warten noch auf die Diskussionen im Ausschuss und auf die Beantwortung verschiedener Fragen, die noch offen sind. Natürlich erwarten wir auch noch Vorschläge vonseiten der Staatsregierung zur Reduzierung der Personal- und Sachkosten, für die Bayern zustän-

dig ist. Hier ging es – das muss ich noch mal sagen – um die Verteilung der Bundesmittel. Aber noch mal, Herr Staatssekretär: Wir stimmen diesem Gesetzentwurf grundsätzlich zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Dr. Fahn. – Unsere nächste Rednerin ist die Kollegin Kamm. Bitte schön, Frau Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es geht in diesem Gesetzentwurf um die Verteilung von Bundesmitteln, die der Bund den Ländern zur Verfügung stellt, damit diese an die Kommunen weiterverteilt werden. Es geht um die Art und Weise, wie das Land diese Bundesmittel an die Kommunen weiterverteilt. Man kann sich natürlich sehr über die Leistungen freuen, die auf Bundesebene geschaffen werden. Allerdings ist das, Herr Kollege Reichhart, kein Beispiel originärer bayerischer Sozialpolitik, sondern es ist letztendlich der Versuch, die Bundesmittel möglichst gerecht auf die Kommunen zu verteilen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die bisherige Entlastung der Kommunen von den KdU-Kosten wurde nicht passgenau, sondern sehr pauschal und ungerecht vorgenommen. Zu diesem Entlastungsausgleich des Bundes für die Kommunen kommt ein weiterer Entlastungsausgleich des Bundes für die Unterbringung von Geflüchteten. Sie wissen, dass die Kommunen an das Land Bayern 311 Euro pro Monat für jeden Geflüchteten bezahlen, wenn dieser selber kein Einkommen hat. Hier geht es um durchaus beträchtliche Mittel. Nach meiner Meinung haben diese die Größenordnung eines dreistelligen Millionenbetrages pro Jahr. Angesichts dieser Gebührensätze dürfen wir gespannt sein, ob die Bundesmittel ausreichen werden, um die erheblichen Belastungen der Kommunen allein durch die Unterbringungskosten, die der Freistaat von den Kommunen verlangt, auszugleichen. Diese Frage werden wir in den Beratungen klären.

Ein weiterer Punkt ist die Beteiligung des Bundes an den Bildungs- und Teilhabeleistungen der Kommunen. Viele Kommunen tun hier sehr viel und erbringen große Leistungen. Sie stellen allen Kindern einen Kindergartenplatz zur Verfügung. Andere Kommunen haben keine Flüchtlinge untergebracht und haben sich nicht darum gekümmert, dass alle Kinder von Geflüchteten einen Kita-Platz erhalten und bei der Bildung unterstützt werden. Auch solche Kommunen gibt es in Bayern. Nach diesem neuen Gesetzentwurf soll eine Spitzabrechnung erfolgen. Das ist sicherlich sinnvoll. Allerdings bin ich stutzig geworden, da nach

den Erläuterungen zu diesem Gesetzentwurf für die Abrechnung kein zusätzliches Personal erforderlich ist. Hier setze ich ein Fragezeichen.

Auch für die Umsetzung der Verteilung der vom Bund erbrachten Leistungen nach dem Bundesteilhabegesetz ist laut diesem Gesetzentwurf kein zusätzliches Personal vorgesehen. Hier geht es um die Anhebung des Vermögensschonbetrags bei der Sozialhilfe und um die Erhöhung des Arbeitsförderungsgeldes von 26 auf 52 Euro für Werkstätten. Das alles ist sehr gut. Diese Leistungsverteilung soll aber auch im Wege einer Spitzabrechnung erfolgen. Für die Umsetzung dieses neu geschaffenen Verteilungsinstruments brauchen wir sicherlich Personalstellen.

Wir werden die Frage stellen, wie dieser Belastungsausgleich personell bewältigt werden kann, zumal schon im Gesetzentwurf festgestellt wird, dass es unterschiedliche Belastungsausgleiche gibt, bei denen nicht ganz klar ist, welche Kommunen schließlich mehr und welche weniger bekommen werden. – Die Diskussion über diesen Gesetzentwurf wird sicher spannend werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Kamm. – Für die Staatsregierung hat sich noch einmal Herr Staatssekretär Hintersberger gemeldet. Bitte schön.

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Sozialministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Ersten Lesung ist es zwar nicht üblich, noch einmal ans Pult zu gehen, und selbstverständlich werden wir alle Fragen in den zuständigen Ausschüssen sehr intensiv behandeln. Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines lasse ich aber nicht so stehen: Liebe Frau Kollegin Weikert, Sie haben hier etwas gesagt, was ich nur als böswillige Unterstellung bezeichnen kann, und behauptet, der Freistaat habe möglicherweise Mittel zurückgehalten, die der Bund dem Freistaat zum Zwecke der Weiterleitung an die Kommunen zugeleitet habe. Ich weise dies entschieden zurück!

(Beifall bei der CSU)

Die Regelung nach dem SGB II gibt es seit dreizehn Jahren. Mir ist nicht bekannt, dass die Kommunen in diesen dreizehn Jahren Klage geführt hätten, dass Mittel zurückgehalten worden wären. Ich möchte dies in aller Klarheit feststellen.

Herr Kollege Dr. Fahn, der Freistaat hatte bei der Durchleitung dieser pauschalen Bundesmittel immer die tatsächlich bei den Kommunen angefallenen Kos-

ten im Fokus. Das hat Herr Kollege Dr. Reichhart noch einmal unterstrichen. Liebe Frau Kollegin Kamm, wir wollen die Lasten im Rahmen einer Jahresrevaluation und eines Einnahmen- und Ausgaben-saldos konkret und passgenau berechnen.

Sehen Sie sich einmal die alten Protokolle an. Das ist genau das, was Sie immer wieder angeregt und ange-mahnt haben. Wir haben dies damals abgelehnt, weil uns dies bei der Abwägung zwischen zusätzlichen Verwaltungsaufgaben und den konkreten Abstimmun-gen nicht vertretbar zu sein schien. Vor dem Hinter-grund der Flüchtlingssituation haben wir eine Ände-rung der Gewichtung vorgenommen. Das habe ich bei der Einbringung des Gesetzentwurfs ausgeführt. Wir haben diesen Gesetzentwurf eingebracht, um die Kommunen, bei denen Kosten angefallen sind, pass-und zielgenauer zu entlasten.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Einen Moment, Herr Staatssekretär. Frau Kollegin Weikert hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Angelika Weikert (SPD): Herr Staatssekretär, ich bitte Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich eine Frage gestellt habe. Ich weise es zurück, dass Sie es als eine böswillige Unterstellung bezeichnen, wenn ich eine Frage stelle. Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. – Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration als feder-führendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2 b** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Einführung des neuen neunjährigen
Gymnasiums in Bayern (Drs. 17/17725)
- Erste Lesung -**

Den Gesetzentwurf begründet Herr Staatsminister Dr. Spaenle. Bitte sehr.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministeri-um): Herr Präsident, Hohes Haus! Wir wollen das bayerische Gymnasium wieder grundständig auf neun Jahre auslegen. Wir wollen damit auf gesellschaftliche Herausforderungen wie die Heterogenität der Schüler-schaft und außerdem auf inhaltliche Anforderungen,

die das Gymnasium zu bewältigen hat, eine Antwort geben. Wichtig ist uns dabei, die Qualität und das An-forderungs-niveau des bayerischen Gymnasiums zu erhalten. Deshalb werden wir nicht einfach die Jah-reswochenstunden durch neun statt durch acht teilen, wie dies in Niedersachsen der Fall gewesen ist. Wir wollen vielmehr zusätzlich investieren. Das neue Gymnasialjahr wird zusätzlich mit 17 bis 19 Stunden ausgestattet, damit es die inhaltlichen Anforderungen erfüllen kann.

Wir wollen die zweite Fremdsprache in der 6. Jahr-gangsstufe belassen, um den Zeitgewinn als pädago-gische Lernfläche für die Fremdsprachen nutzen zu können. Das bedeutet natürlich, dass an den sprachli-chen Gymnasien die dritte Fremdsprache bereits in der 8. Jahrgangsstufe einsetzen wird. Somit steht also mehr Vermittlungszeit zur Verfügung.

Der mittlere Abschluss soll nach der 10. Jahrgangs-stufe erworben werden, wie das schon bisher der Fall ist. Wir werden eine völlig neue 11. Jahrgangsstufe einführen, bei der natürlich ein Lernfortschritt bei den Fächern im Mittelpunkt steht, die aber auch die Mög-lichkeit bieten soll, wissenschaftliche Propädeutik, also vorwissenschaftliche Arbeitsformen, stärker als bisher einzuüben. Wir wollen eine stärkere Berufsori-entierung. Wir wollen, so ist die Überlegung, die P-Se-minare aus der Oberstufe in diese 11. Jahrgangsstufe einbetten, um dort die Möglichkeit zu eröffnen, ein größeres Werkstück selbstständig oder im Team zu erarbeiten.

Wir wollen es ermöglichen, mit weiteren Unterrichts-formen wie zum Beispiel dem Epochalunterricht oder mit Projektwochen einen anspruchsvollen Einstieg in die gymnasiale Oberstufe zu erreichen. Die gymnasiale Oberstufe soll ihre Struktur im Kern mit dem Fünf-fächer-Abitur beibehalten. Zu gegebener Zeit werden wir aber über die Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe zu sprechen haben.

Unser Ansatz besteht darin, dass die Schülerinnen und Schüler auch am Gymnasium eine unterschiedli-che Lernzeit angeboten bekommen, wie das bereits in anderen Teilen des bayerischen Bildungswesens der Fall ist. Diese, populär gesagt, "Überholspur" wird es ermöglichen, dass die jungen Menschen mit einer zu-sätzlichen Unterstützung durch Begleitkurse in den Kernfächern am Ende der 10. Jahrgangsstufe die 11. Jahrgangsstufe auslassen oder dieses Jahr für einen strategisch eingesetzten Auslandsaufenthalt nutzen können. In der Bundesrepublik Deutschland wäre es in dieser Form einmalig, dass dies in ein grundständiges gymnasiales Modell eingebettet ist.

Wir wollen bei bestimmten Themenfeldern eine inhaltliche Verstärkung vornehmen, die in der Stundentafel des achtjährigen Gymnasiums nicht möglich gewesen ist. Das sind insbesondere die Bereiche Digitalisierung und Informatik sowie politische Bildung. Auch das wollen wir mit zusätzlichen Stunden stärker abbilden.

Was die Weiterentwicklung der Stundentafel angeht, sind wir in sehr guten Gesprächen, in abschließenden Feinabstimmungen – wenn man so will – mit der gymnasialen Schulfamilie. Wir wollen das zeitnah zum Abschluss bringen und dem Hohen Haus natürlich auch vorstellen. Auch das bedeutet: Wir wollen kein Fach schlechter stellen; wir wollen die Kernfächer stärken. Wir wollen in diesen Bereichen, die ich genannt habe, und auch in anderen zusätzlich investieren – ich habe das deutlich gemacht –, um das bayerische Gymnasium für die Herausforderungen, die eine heterogene Schülerschaft mit einem Anteil von 40 % bedeutet, fit zu machen. Das macht zusätzliche Themenstellungen notwendig, die ein anspruchsvolles, qualitativvolles Abitur sicherstellen und den jungen Menschen, die unterschiedlich lange Lernzeit benötigen, diese Chancen auch eröffnen. Das ist mit diesem Gesetzentwurf verbunden, den ich dem Haus vorschlagen möchte. – Wir freuen uns auf die intensiven Beratungen hier im Hohen Haus.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Staatsminister. – Damit eröffne ich die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Ich darf die Redezeiten als bekannt voraussetzen. Die fraktionslosen Abgeordneten Claudia Stamm und Günther Felbinger können jeweils bis zu zwei Minuten sprechen. Erster Redner: Herr Kollege Güll. Bitte schön.

Martin Güll (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat ist heute ein guter Tag für Bayerns Schülerinnen und Schüler, Eltern und auch Lehrkräfte, weil mit diesem Gesetzentwurf die Rückkehr zum G 9, die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium in das Hohe Haus eingebracht wird. Wenn man so will, ist das eine uralte Forderung der letzten Jahre, auch der SPD-Fraktion.

Die Frage wird sein, ob diese neun Jahre im künftigen Gymnasium auch eine gute Zeit werden. In dem Gesetzentwurf steht wie in unseren Gesetzentwürfen von 2014 und 2017 nur ein wesentlicher Satz, nämlich dass der Artikel 9 geändert wird, die Laufzeit von 12 auf 13 Jahre.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist schon interessant, heute in dem Gesetzentwurf genau die Argumente zu lesen, die wir hier in den letzten zwei, drei Jahren für eine Verlängerung auf neun Jahre vorgebetet und dafür in der Regel nur Hohn und Spott und die Feststellung geerntet haben, man brauche eigentlich keine Änderung des Gymnasiums, das G 8 sei erfolgreich. Wenn man genau hinschaut, zumindest auf das, was man im Problemaufriss lesen kann, findet man nach wie vor die Widersprüche, die Sie, liebe CSU-Fraktion, offensichtlich immer noch mit sich herumtragen. Einerseits beschreiben Sie im ersten Absatz, wie erfolgreich und gut das G 8 doch gewesen sei. Ich frage mich, warum Sie es dann ändern.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Lesen!)

– Genau, Herr Kollege Prof. Waschler!

Im zweiten Absatz schreiben Sie andererseits genau die Dinge nieder, die für ein G 9 sprechen, die auch wir vorgetragen haben: die gestiegene Heterogenität, mehr Zeit für Persönlichkeitsentwicklung als Voraussetzung für umfassende Aufgaben- und Problemlösekompetenz, die neuen Lerninhalte wie Digitalisierung, die gestiegene Bedeutung der Naturwissenschaften und der fremdsprachlichen Kompetenz im Berufsleben, den Wunsch nach zeitlicher Entlastung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau das haben auch wir die letzten zwei, drei Jahre immer gesagt. Jetzt tun Sie so, als ob das Ihre Gedanken wären. Nein, die Gedanken waren schon vorher bei uns richtig und sind es jetzt auch bei Ihnen. Genau das sind die Anforderungen, die das G 8 eben nicht hat erfüllen können. Deshalb sind wir ganz bei Ihnen, wenn man heute den ersten und entscheidenden Schritt macht, um das G 9 in Bayern wieder einzuführen.

Allerdings bleibt heute die inhaltliche Ausgestaltung, also der Innenbau dieses Gymnasiums, immer noch relativ vage. Ob Sie das mit oder ohne viel Empathie vortragen, Herr Kultusminister, ist Ihr Problem. Außer Überschriften haben wir heute eigentlich nichts gehört. Es gibt noch immer keine klaren Ansagen, wie sich dieses Gymnasium verändert, um die neuen Inhalte wie Digitalisierung oder mehr politische Bildung, mehr naturwissenschaftliche Orientierung oder mehr Empathie für diese Themen, mehr fremdsprachliche Kompetenz – das alles sind Ihre Worte – tatsächlich einzuführen.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Heckner (CSU))

Frau Kollegin Heckner, wir wissen, dass Sie nach wie vor in der 6. Klasse mit der zweiten Fremdsprache beginnen wollen. Hierzu findet offensichtlich keine Diskussion statt; das wäre aber diskussionswürdig. Wir wissen auch, dass wir nach der 10. Klasse die Mittlere

Reife bekommen – eine Selbstverständlichkeit bei neun Jahren. Wir wissen auch, dass die Oberstufe im Wesentlichen offensichtlich nicht geändert wird; gleichzeitig messen Sie der Oberstufe hohe Bedeutung bei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will damit andeuten, dass die Kuh sozusagen noch lange nicht vom Eis ist, wenn es darum geht, eine zufriedenstellende neue Form eines neunjährigen Gymnasiums zu bekommen. Der sogenannte Schulfriede, den sich alle für das Gymnasium wünschen, ist noch immer in Gefahr, wenn wir all die Dinge, die jetzt zu klären sind, nicht in aller Ruhe klären. Welcher Ort ist denn besser dafür geeignet als das Hohe Haus? Sie sollten das nicht in kleinen, geheimen Zirkeln mit Verbänden oder wem auch immer tun. Hier muss eine Klärung stattfinden. Ich bin gespannt, ob Ihre Fraktion dem Ausschuss für Bildung und Kultus nach der Sommerpause eine umfassende Anhörung anbieten wird, in der wir all die Wünsche erörtern, die jetzt an uns herangetragen werden, wie das Gymnasium ausschauen soll und was es berücksichtigen soll. Vermutlich wird es andersherum sein: Wir werden wieder vor vollendete Tatsachen gestellt und haben wie immer zu schlucken, was Sie ausklamüsern. Ich glaube, das kann nicht Ziel und Zweck dieser grundlegenden Neuaufstellung des neunjährigen Gymnasiums sein.

Ich hoffe, dass das Hohe Haus in die inhaltliche Ausgestaltung noch intensiver und besser einbezogen wird. Ich hoffe das nicht nur, sondern ich erwarte von Ihnen, dass Sie das hier in entsprechendem Maße umsetzen werden. Ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herzlichen Dank, Kollege Güll. – Für die CSU-Fraktion ist die nächste Wortmeldung vom Kollegen Lederer. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Otto Lederer (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! 2014 haben uns alle Experten unisono bei einer Anhörung zum Thema Gymnasium gesagt: Ob G 8 oder G 9 sei die völlig falsche Frage; wichtiger sei, zunächst die Inhalte festzulegen und aufgrund derer dann die Struktur. – Wir haben uns daraufhin bereits 2014 in Banz mit den Inhalten beschäftigt. Ich bin der Meinung, dass das achtjährige Gymnasium in Bayern gut aufgestellt ist.

(Thomas Gehring (GRÜNE): War! Es ist Vergangenheit!)

Das zeigen uns verschiedenste Dinge:

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Warum ändern Sie es dann ab?)

die Abiturdurchschnitte, die gesunkene Wiederholerquote, die seit vielen Jahren stabile Übertrittsquote. Das zeigen uns aber insbesondere auch nationale Vergleichsstudien wie die IQB-Studie 2015.

Aber: Wie wir alle wissen, des Guten Feind ist das Bessere. Wir alle wissen, dass wir im 21. Jahrhundert große Herausforderungen, insbesondere im Schulsystem, speziell im Gymnasium, zu bewältigen haben. Wir haben eine gestiegene Heterogenität, wir haben gestiegene Anforderungen in puncto Studium und Beruf. Ich denke an die Internationalisierung und den ganzen technischen Bereich, der unglaublich forciert wird. Die Digitalisierung ist eine große Herausforderung für die nächsten Jahre und Jahrzehnte. Neben der Technik spielen zunehmend auch die Werte eine Rolle, sodass wir hier auch die gesellschaftliche Entwicklung im Auge haben müssen.

Wir haben auch eine ganze Reihe von Wünschen vonseiten der Eltern und der Schüler, zum Beispiel den Wunsch nach mehr Zeit für Persönlichkeitsentwicklung oder den Wunsch nach mehr Zeit für inner- und außerschulisches Engagement. Um Antworten auf diese und weitere Fragen zu finden, hat Kultusminister Dr. Spaenle einen Dialog mit der Schulfamilie ins Leben gerufen. Am Ende dieses Dialoges steht Gott sei Dank ein breiter Konsens, nämlich das Bildungspaket, das wir in Bayern auf den Weg bringen. Darin ist das neue bayerische Gymnasium enthalten: ein neunjähriges Gymnasium aus einem Guss.

In der Verbände-Anhörung und in vielen Gesprächen haben wir ein sehr positives Echo erhalten. Herr Kollege Güll, es ist mitnichten so, dass der Schulfriede in Gefahr ist, sondern wir werden von den Verbänden und von den Eltern und Schülern bestärkt.

Ziel des neuen bayerischen Gymnasiums ist es nicht, zurück zu einem alten G 9 zu gehen, ist es nicht, Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9 ab der 5. Jahrgangsstufe zu initiieren. Ziel ist es nicht, ein G 9 light zu etablieren, so wie dies zum Beispiel die SPD in ihrem ersten Entwurf vorgeschlagen hat, bei dem keine einzige Stunde mehr im Gymnasium unterrichtet worden wäre. Wir unterfüttern unsere Aussagen mit mehr Stunden im System.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Otto Lederer (CSU): Bitte am Ende eine Zwischenbemerkung. – Wir möchten auch kein neunjähriges Gymnasium, das die KMK-Anforderungen missachtet, sondern wir wollen ein neues bayerisches Gymnasi-

um, dass dreimal mehr bietet, nämlich mehr Qualität, mehr Zeit und mehr Individualisierung.

Zu Punkt eins, mehr Qualität. Oberste Richtschnur ist nach wie vor die vertiefte Allgemeinbildung, die Reflexionsfähigkeit, das Verantwortungsbewusstsein und dadurch insgesamt auch die Studierfähigkeit, nicht nur die Studierberechtigung. Ein zusätzliches Schuljahr heißt in etwa 17 bis 19 zusätzliche Wochenstunden. Damit wollen wir die digitale Bildung und die politische Bildung stärken. Wir wollen die Studien- und Berufsorientierung stärken. Wir wollen die Kernfächer stärken, ohne dass andere Fächer schlechtergestellt werden. Wir wollen Fremdsprachen und den MINT-Bereich fördern. Deswegen wollen wir auch die zweite Fremdsprache ab der 6. Jahrgangsstufe beibehalten. Wir wollen die Profilbildung in der Ausbildungsrichtung ab der 8. Jahrgangsstufe beibehalten, damit diese Bereiche von diesem zusätzlichen Lernjahr profitieren.

Wir wollen den mittleren Schulabschluss nach der 10. Jahrgangsstufe. Wir möchten die 11. Jahrgangsstufe so konzipieren, dass sie als Einführungsphase für die Oberstufe gilt und dass propädeutisch gearbeitet werden kann. Das Ganze wird unterfüttert mit einem Lehrplan, der auf neun Jahre ausgelegt ist und der Kompetenzsteigerungen zum Beispiel durch zusätzliche Inhalte in digitaler Bildung, in politischer Bildung und im Hinblick auf Berufs- und Studienorientierung vorsieht.

Zweitens wollen wir mehr Zeit, mehr Zeit für inner- und außerschulisches Engagement. Beim innerschulischen Engagement kommen uns diese 17 bis 19 zusätzlichen Wochenstunden zugute: Es gibt mehr Zeit für Kompetenzerwerb durch Vertiefung, durch Wiederholung, aber auch mehr Zeit für zusätzliche Anforderungen, zum Beispiel um der Globalisierung oder der technischen Entwicklung gerecht zu werden; mehr Zeit für die Berufsorientierung; mehr Zeit für Internationalisierung, und zwar nicht nur im Unterricht, sondern vielleicht auch dadurch, dass während der Schulzeit wieder das eine oder andere Auslandsjahr genommen wird, zum Beispiel in der 11. Jahrgangsstufe. Dies wollen wir auch durch Stipendien weiter fördern und unterstützen.

Durch die Reduzierung des verpflichtenden Nachmittagsunterrichts wollen wir mehr Zeit für nichtverpflichtende Angebote in der Schule: Musik, Theater, Schulgarten, Sport usw. Aber auch das außerschulische Engagement der Schüler kann dadurch erhöht werden, indem sie am Nachmittag mehr Zeit haben, um sich in Vereinen, Organisationen usw. zu entwickeln. Das trägt auch zur Persönlichkeitsbildung bei.

Drittens wollen wir mehr Individualisierung. Kultusminister Spaenle sagt schon seit Jahren: G 8 für alle ist genauso überholt wie G 9 für alle. Deswegen wollen wir eine einzigartige Überholspur etablieren. Durch das individuelle Auslassen der 11. Jahrgangsstufe bieten wir eine echte achtjährige Alternative an. Die Schüler sollen gezielt informiert, gefördert und durch Begleitmodule bis zu vier Wochenstunden pro Schuljahr unterstützt werden. Dabei ist das Auslassen aber nicht zwingend. Zum Beispiel kann man auch das Auslandsjahr in Anspruch nehmen oder eben das Ganze als zusätzliche Förderung in Anspruch nehmen. Dennoch wollen wir am bewährten System der Intensivierungsstunden festhalten und diese nicht abschaffen, sondern entsprechend weiterentwickeln.

Ich meine, auch der Zeitplan für die Einführung ist sinnvoll gewählt, sodass ich fest davon überzeugt bin, dass das neue bayerische Gymnasium einen sehr guten Weg nimmt. – Ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Lederer. – Jetzt haben wir noch die Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Stamm. Bitte schön.

Claudia Stamm (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Kollege Lederer, danke, dass Sie uns noch einmal gesagt haben, was Sie wollen. Relativ oft ist das Wort "wir" gefallen. Ich habe mich gefragt, ob mit dem Ausdruck "wir" auch der Minister gemeint ist. Es war nämlich definitiv nicht zu verstehen, was der Minister meinte. Das war ein Heruntergeleiere; das war ein Dialog mit sich selbst. Vielleicht können Sie noch einmal kurz ausführen, was der Minister bei der Einbringung dieses Gesetzes meinte. Ich finde, das hat überhaupt nicht der Ernsthaftigkeit dieses Reformprojekts entsprochen.

Ich würde mich freuen, wenn Sie noch einmal kurz darlegen würden, ob das "wir", das Sie so oft genannt haben, auch den Minister einschließt, und wenn Sie vielleicht kurz zusammenfassen können, was er sagte. Ich bin nicht die Einzige, die ihn nicht verstanden hat. Das ging durch die Reihen. Dass er keine Empathie zeigt, finde ich nicht so wichtig. Wichtig wäre aber etwas Ernsthaftigkeit bei der Ersten Lesung.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Otto Lederer (CSU): Liebe Kollegin Stamm, ich sage es jetzt einmal so: Wenn Sie meinen Ausführungen gelauscht haben, werden Sie sehr viel dessen erkannt haben, was auch der Minister ausgeführt hat. Darüber

hinaus kann ich Ihnen empfehlen, wenn Sie nicht alles wortwörtlich verstanden haben, einfach das Protokoll nachzulesen.

(Beifall bei der CSU)

Ansonsten können wir uns auch gerne im Anschluss noch einmal intensiv über das neue bayerische Gymnasium unterhalten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Heute Abend beim Sommerempfang!)

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Damit kommen wir zur nächsten Wortmeldung. Kollege Prof. Piazzolo, bitte sehr.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Endlich, endlich ist es so weit: Wir haben einen Gesetzentwurf zum neunjährigen Gymnasium, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, war das zäh, die CSU auf die Spur zu bringen; war das zäh; hat das lange gebraucht. Mir würden jetzt viele Beispiele aus dem Tierreich einfallen, aber diese verkneife ich mir, weil das nicht unbedingt parlamentarisch wäre.

Zwei Volksbegehren, eines davon von den FREIEN WÄHLERN, viele, viele Vorschläge der Lehrerverbände, der Eltern und der Schüler und vieles mehr – trotzdem steht im Gesetzentwurf immer noch – daran merkt man, wie zäh und wie schwierig es war –, dass sich die achtjährige Form bewährt habe. Ich habe mir die Rede von Herrn Lederer angehört. In den ersten zwei Minuten ging es darum zu begründen, warum das achtjährige Gymnasium so toll ist. Ich frage Sie: Warum ein neunjähriges Gymnasium, wenn das achtjährige so toll war?

(Zuruf von der CSU: Zuhören!)

– Ich habe schon zugehört. Es ist schon peinlich, in einen Gesetzentwurf hineinzuschreiben, wie schwer im Grunde genommen der Abschied gefallen ist. Ich sage Ihnen: Eine ganze Schüलगeneration hat unter Ihrer Bockigkeit gelitten, eine ganze Schüलगeneration.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich wiederhole den Satz, den ich beim letzten Meinungsaustausch hier im Plenum gesagt habe: Die CSU-Fraktion ist der Fußkranke bei der G-9-Völkerwanderung. Sie sind als Letzte von allen hier ins Ziel gekommen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Aber Schwamm drüber. Jetzt haben wir ein Gesetz. Es bietet Vorteile. Vorteile sind erstens, dass es da ist, zweitens, dass ein Qualitätsanspruch sichergestellt werden soll – dafür stehe ich auch; das ist ganz wichtig –, und drittens, dass es gleich mit zwei Klassen beginnen soll, nämlich mit der 5. und der 6. Klasse. Ein vierter Vorteil ist, dass auch Lehrer zur Verfügung gestellt werden sollen, im Moment mindestens 1.000. Wir FREIE WÄHLER und ich glauben, dass mehr notwendig sind. Fünftens wird Flexibilität angemahnt und in das Gesetz auch eingebaut. Ein weiterer Vorteil ist sicherlich, dass der Nachmittagsunterricht reduziert wird.

Aber es gibt auch Probleme. Das erste Problem: Die Stundenentlastung ist relativ gering. Herr Lederer hat in seiner Rede mehrfach von mehr Zeit und auch von mehr Individualität gesprochen. Ich habe mich über diese Begrifflichkeit gewundert. Er hätte beinahe Ghostwriter unseres Volksbegehrens sein können. In Ihrer heutigen Rede, lieber Kollege Lederer, habe ich so viel gefunden, was auch in der Begründung des Volksbegehrens der FREIEN WÄHLER stand: mehr Zeit, mehr Individualität, mehr Flexibilität, mehr Heterogenität – alles eins zu eins.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Er hat es halt abgeschrieben!)

Ich sage Ihnen: Sie hätten es schon vor vier Jahren haben können.

Ein weiterer Punkt ist die Überholspur. Grundsätzlich sind wir dafür, aber ich habe den Eindruck, nur die High Performer, wie man sie heute nennt, sind dafür geeignet; denn man muss die Entscheidung schon sehr früh, wohl in der 8. Klasse, fällen, und dann wohl auch nur nach Leistung.

(Ingrid Heckner (CSU): Was sonst?)

– Ich will im Gymnasium nicht nur nach Leistung entschieden haben, wer das achtjährige und wer das neunjährige Gymnasium absolviert. Hierbei geht es durchaus auch um andere Prinzipien.

(Ingrid Heckner (CSU): Zum Beispiel?)

– Zum Beispiel auch, ob jemand mehr Zeit braucht, ob sich jemand nebenher ehrenamtlich in Verbänden

oder in Vereinen engagiert. All das würde ich berücksichtigen.

Was uns aber ganz wichtig ist: Einige bleiben auf der Strecke, nämlich jene, die jetzt schon in der 5. und in der 6. Klasse sind und sich schon seit Jahren ein neunjähriges Gymnasium wünschen. Hierzu gibt es eine Petition, die schon 5.000 Leute unterzeichnet haben. Ich bitte darum, sich noch einmal Gedanken darüber zu machen und nachzubessern.

Alles in allem – hier kann ich mich im Grunde genommen bei der Seehofer-Regierung bedanken – ist es der Wankelmut dieser Regierung, der das neunjährige Gymnasium möglich gemacht hat. Es ist der Wankelmut Horst Seehofers, der einmal so und einmal so entscheidet. Das letzte Beispiel – das haben Sie alle mitbekommen – ist die Tram in München. Auch da "wankelt" er herum, aber beim G 9 ist er nun in die richtige Richtung "gewankelt".

Wir als FREIE WÄHLER sind dafür und werden dieses Gesetz positiv begleiten. Es wird aber keine 25 Jahre halten. Es war schon schlimm genug, dass Sie als CSU 15 Jahre Unruhe am Gymnasium geschaffen haben: G 9 weg – G 8 hin – G 9 zurück. Das darf es nicht wieder geben. Gut, dass es jetzt das neunjährige Gymnasium gibt. Wir werden es begleiten, weil wir es auch angestoßen haben. – Danke schön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke, Herr Kollege Piazzolo.

Bevor ich Herrn Kollegen Gehring das Wort erteile, weise ich darauf hin, dass Tagesordnungspunkt 2 c heute nicht mehr aufgerufen werden wird. Für weitere Erste Lesungen wird die Zeit heute zu knapp. Aber die Zeit bis zum Sitzungsende werden wir noch für die Behandlung der Tagesordnungspunkte 3 und 4 nutzen. Danach haben wir noch die Tagesordnungspunkte 6 und 7, jeweils Zweite Lesungen ohne Aussprache, zur Auswahl. Wir werden schauen, wie wir mit der Zeit hinkommen.

Herr Kollege Gehring, Sie haben das Wort. Bitte sehr.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das G 8 fällt, das G 9 kommt. Endlich! Das ist ein guter Tag für die Schülerinnen und Schüler, die Lehrerinnen und Lehrer und die Eltern in Bayern.

Schauen wir uns die Geschichte noch einmal kurz an. Da war ein Ministerpräsident, der das Thema vom Tisch haben wollte. Da war ein Minister, der war orien-

tierungslos und führungsschwach und wurde letztlich von der Fraktion und vom Ministerpräsidenten gedemütigt. Das passiert ja öfter, wie wir heute im "Münchener Merkur" nachlesen können. Und da war eine CSU-Fraktion, die war hartleibig. Sie war unfähig, die Fehler aus der Stoiber-Zeit zu korrigieren, und sie hat nicht hingehört, was an den Schulen vor Ort geredet worden ist, wo die Eltern, die Lehrerinnen und Lehrer und die Schülerinnen und Schüler der Schuh gedrückt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit Hängen und Würgen kamen nun die Entscheidung für das G 9 und der heutige Gesetzentwurf. Dies ist ein Erfolg für die Schülerinnen und Schüler, für die Eltern, es ist ein Erfolg für die Lehrerverbände. Ich denke an den Philologenverband, in dem sich die Basis durchgesetzt hat, an den BLLV und die GEW, die sich inhaltlich eingebracht haben, ich denke an die LandesschülerInnenvereinigung, und ich denke auch an die Landes-Eltern-Vereinigung, die spät, aber dann mit einer eindrucksvollen Umfrage gezeigt hat: Die Eltern wollen das G 9, und sie wollen es nicht nach dem – damaligen – Modell des Kultusministeriums, sondern nach dem Modell, wie wir es vorgeschlagen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich nehme schon in Anspruch, dass wir als Fraktion der GRÜNEN mit unserer Auftaktpressekonferenz im Januar dieses Jahres einige Benchmarks für dieses G 9 gesetzt haben, für ein grundständiges neunjähriges Gymnasium mit einer Verkürzungsmöglichkeit in der 11. Klasse, und nur dort – es gab zuvor andere Modelle, die diskutiert wurden –, aber mit einem Begleiten dieses Verkürzens, mit mehr politischer Bildung, mit mehr digitaler Bildung. 1.000 Lehrerstellen haben wir genannt. Sie stehen jetzt im Gesetzentwurf. Auch müssen die Kosten für die Kommunen übernommen werden. Wir werden sehen, bei welcher Summe wir uns am Ende treffen. – Insoweit haben wir ganz klar die Richtlinien aufgezeigt, wie dieses Gesetz geschrieben werden muss. Einiges findet sich in diesem Gesetzentwurf wieder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Staatsregierung, Sie sind bei der Reform des Gymnasiums auf halbem Wege stehen geblieben, vor allem dort, wo es um die Qualität des Lehrens geht, wo es um besseres Lernen geht. Deswegen kann diesem G 9 nicht der Begriff "neu" zugebilligt werden. Das ist noch kein neues G 9; das ist zum Teil noch das alte G 9, bei

dem natürlich die alten Probleme wieder hervorkommen.

So verstehe ich nicht, warum Sie weiterhin in der 6. Klasse mit der zweiten Fremdsprache beginnen. Das ist im G 8 vor allem ein Problem für viele Jungen, aber auch für etliche Schülerinnen gewesen. Warum Sie diesen Stolperstein beibehalten, verstehe ich einfach nicht.

Des Weiteren haben Sie die Probleme in der Mittelstufe nicht gelöst. Die Mittelstufe leidet an ihrer Fächervielfalt, an zu vielen Prüfungen, an zu vielen einstündigen Fächern, an zu vielen kleinen Fächern und ermöglicht kein Lernen im Zusammenhang, und das in einem tollen Alter, in der Pubertät, wo man sich am stärksten die Sinnfrage stellt. Genau in diesem Alter wird der Lernstoff in sinnlosen Einzelhäppchen präsentiert und nicht so, dass die Schülerinnen und Schüler etwas damit anfangen können und es verstehen können. Deswegen brauchen wir eine Reform der Mittelstufe mit anderen Lernformen, mit überfachlichem Lernen, mit Projektlernen, vor allem mit mehr selbstständigem Lernen, damit unsere Mittelstufenschülerinnen und -schüler wieder motivierter in die Schule gehen.

Unklar ist noch, wie es mit dem Mehr an politischer Bildung aussieht, mit dem Mehr an digitaler Bildung. Einige Begriffe verstehe ich auch nicht so recht. So heißt es zum Beispiel, die Intensivierungsstunden blieben in einem bestimmten Umfang erhalten. Ja – bestimmt oder unbestimmt?

Außerdem hat dieser Gesetzentwurf einen Kardinalfehler: Sie gehen das Thema Oberstufe nicht an. Die Reform der Oberstufe bleibt aus. Dort bestehen aber die tatsächlichen Qualitätsprobleme. Reden Sie mit den Leuten von den Hochschulen, gerade von den mathematischen, von den naturwissenschaftlichen Fakultäten. Dort sieht man, dass die Abschaffung der Leistungskurse für das Niveau, das die Leute vom Abitur mitbringen, fatal war. Wir brauchen unbedingt diese Reform der Oberstufe, wenn wir in Zukunft ein bayerisches Abitur mit Qualität haben wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bildung heißt eben nicht nur längere Schulzeit, Bildung heißt auch, dass man sich vertieft in etwas einarbeitet. Diese Tiefe fehlt noch in diesem Gesetzentwurf. Wir werden ihn in den Ausschusssitzungen mit Tiefgang diskutieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Gehring. – Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Bildung und Kultus als federführendem

Ausschuss zu überweisen. Besteht Einverständnis? – Das ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wie vorhin bereits angedeutet, hat die Durchführung weiterer Erster Lesungen heute keinen Sinn mehr. Aber wir können noch einige Tagesordnungspunkte ohne Aussprache erledigen. Schauen wir einfach, wie weit wir bis zum vereinbarten Sitzungsende kommen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Abstimmung
über eine Europaangelegenheit, eine
Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß §
59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln
beraten werden (s. Anlage)**

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Listennummern 15 und 53. Es sind dies der Antrag der Abgeordneten Scheuenstuhl, von Brunn, Woerlein und anderer (SPD) betreffend "Kinderschutz ernst nehmen – kein Glyphosat-Einsatz auf von Kindern genutzten Flächen" auf der Drucksache 17/17137 und der Antrag der Abgeordneten Schorer-Dremel, Dr. Hünnerkopf, Brendel-Fischer und anderer (CSU) betreffend "Umweltschonender Einsatz von Glyphosat" auf der Drucksache 17/16744. Der Aufruf erfolgt morgen am Ende der Tagesordnung.

Über die **Listennummer 12** –

**Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Margit Wild,
Dr. Simone Strohmayr u. a. (SPD)
Gerechtigkeit. Bildung. Zukunft.
Sonderinvestitionsprogramm Ganztage an Schulen
(Drs. 17/16649)**

– ist gesondert abzustimmen, da bei den Ausschussberatungen unterschiedliche Voten der Fraktionen vorliegen.

Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus und die mitberatenden Ausschüsse empfehlen die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und FREIE WÄHLER. Gegenstimmen, bitte! – CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Stamm, ist das eine Enthaltung?

(Claudia Stamm (fraktionslos): Das ist eine Ablehnung! Ich stimme mit den GRÜNEN!)

Kollege Felbinger?

(Günther Felbinger (fraktionslos): Das ist eine Enthaltung! – Zuruf von der SPD: Fragen Sie jetzt einzeln?)

– Bei den Fraktionslosen, Frau Kollegin, muss ich einzeln abfragen. Ich bitte um Entschuldigung.

(Zuruf von der SPD: Alles gut!)

Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Über die übrigen Vorgänge auf der Liste lasse ich nun abstimmen. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind in diesem Fall wohl alle. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Dann rufe ich **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Umbesetzungen
bei den stellvertretenden Mitgliedern für den
Landesgesundheitsrat, die von den Fraktionen der
im Landtag vertretenen Parteien nominiert werden**

Gemäß Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes über den Landesgesundheitsrat werden von den Fraktionen der im Landtag vertretenen Parteien entsprechend ihrem Stärkeverhältnis zehn Mitglieder und zehn stellvertretende Mitglieder nominiert. Die CSU-Fraktion hat anstelle von Frau Petra Dettenhöfer, Herrn Steffen Vogel und Herrn Dr. Harald Schwartz nunmehr Herrn Harald Kühn, Frau Tanja Schorer-Dremel und Frau Carolina Trautner als neue stellvertretende Mitglieder des Landesgesundheitsrats nominiert. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Dann können wir **Tagesordnungspunkt 6** aufrufen:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Kirchensteuergesetzes
(Drs. 17/16762)
- Zweite Lesung -**

Im Ältestenrat wurde beschlossen, auf eine Aussprache zu verzichten. Wir kommen damit gleich zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 17/16762 sowie die Beschlussempfehlung und der Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/17447 zugrunde. Der federführende Ausschuss empfiehlt Zustimmung. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen stimmte bei seiner Endberatung ebenfalls zu. Ergänzend schlägt

er vor, in § 2 Satz 2 als Datum des abweichenden Inkrafttretens die Wörter "1. Juli 2017" durch die Wörter "1. September 2017" zu ersetzen. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 17/17447.

Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Änderung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion; ich unterstelle, dass das alle Abgeordneten der CSU sind.

(Zurufe von der CSU)

– Darf ich die CSU-Fraktion um die Abstimmung bitten? – Dann sind das CSU, SPD, FREIE WÄHLER, GRÜNE sowie die fraktionslosen Abgeordneten Stamm und Felbinger. – Gibt es einzelne Gegenstimmen? – Das sehe ich nicht. – Enthaltungen? – Ich sehe auch keine Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht. Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind augenscheinlich alle Abgeordneten. Dann brauche ich nicht nach Gegenstimmen oder Enthaltungen zu fragen; denn es sind wirklich alle. Das Gesetz ist damit angenommen und hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes".

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 7** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes
(Drs. 17/17056)
- Zweite Lesung -**

Im Ältestenrat wurde beschlossen, auf eine Aussprache zu verzichten. Wir kommen damit gleich zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 17/17056 und die Beschlussempfehlung des federführenden und endberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen auf Drucksache 17/17740 zugrunde. Der federführende Ausschuss empfiehlt einstimmig Zustimmung. Ergänzend schlägt er vor, in § 2 als Datum des Inkrafttretens den "1. September 2017" einzufügen. Im Einzelnen verweise ich hierzu auf Drucksache 17/17740.

Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Ergänzung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CSU, SPD, FREIEN WÄHLERN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Gibt es Gegenstim-

men? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form vorzunehmen. Ich sehe keinen Widerspruch. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind deutlich sichtbar alle. Also brauche ich weder Gegenstimmen noch Stimmenthaltungen abzufragen. Das Gesetz ist damit so angenommen und hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes".

Meine Damen und Herren, für die restlichen zwölf Minuten bietet sich nichts mehr zur Debatte an. Ich kann Ihnen jedoch mitteilen, dass die noch offenen Zweiten Lesungen zu den Tagesordnungspunkten 2 c und 2 d morgen im Anschluss an die Debatte über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses durchgeführt werden.

Damit schließe ich für heute die Sitzung, bedanke mich für die Mitarbeit und wünsche uns sowie unseren Gästen einen schönen Sommerempfang.

(Schluss: 16.18 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Europaangelegenheit, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union
 Wirtschaft, Finanzen und der Euro, Binnenmarkt, Grenzen und Sicherheit,
 Justiz und Grundrechte, Verbraucherschutz, Steuern:
 EU-Initiative zu Beschränkungen für Barzahlungen
 01.03.2017 – 31.05.2017
 Drs. 17/16313, 17/17724 (E)

Auf Antrag der SPD-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
 Votum des endberatenden Ausschusses für
 Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

sowie der Ergänzung, dass der Bericht unmittelbar an die Europäische
 Kommission übermittelt wird.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Verfassungsstreitigkeit

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 20. Juni 2017
 (Vf. 10-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
 des Bebauungsplans „Am Stadtpark“ Nr. 6102-78/0 der Stadt Roding vom
 18. Dezember 2015
 PII/G1310.17-0008
 Drs. 17/17739 (E)

Der Landtag beteiligt sich nicht an dem Verfahren.

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Klaus Adelt, Annette Karl u.a. SPD
 Rettungsgasse rettet Leben I:
 Maßvolle Ausweitung der Halterhaftung
 Drs. 17/16169, 17/17399 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Klaus Adelt, Annette Karl u.a. SPD
 Rettungsgasse rettet Leben II:
 Aufklärungskampagne zur Rettungsgasse
 Drs. 17/16170, 17/17400 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Klaus Adelt, Annette Karl u.a. SPD
 Rettungsgasse rettet Leben III:
 Rechtsfahrgebot für Lkw bei Stau
 Drs. 17/16171, 17/17401 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Für eine bessere Drogenprävention an Bayerns Schulen!
Drs. 17/16364, 17/17695 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Bayern hilft! Aktionskonzept zur Verbesserung der Reanimation durch Laien bei Herz-Kreislauf-Stillstand
Drs. 17/16495, 17/17707 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Geburtshilfe in Bayern sichern I – im Krankenhausplan Zeichen setzen
Drs. 17/16617, 17/17696 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Geburtshilfe in Bayern sichern II – Sicherstellungszuschlag ermöglichen
Drs. 17/16618, 17/17697 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Gerechtigkeit. Bildung. Zukunft. Familien stärken – optimale Förderung durch hohe Qualität im Ganztage
Drs. 17/16647, 17/17679 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Gerechtigkeit. Bildung. Zukunft. Familien stärken – Keine Schule ohne Ganztage
Drs. 17/16648, 17/17680 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Gerechtigkeit. Bildung. Zukunft. Sonderinvestitionsprogramm Ganztage an Schulen
Drs. 17/16649, 17/17681 (A)

über den Antrag wurde gesondert abgestimmt

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Spielhallenwildwuchs einschränken
Drs. 17/16671, 17/17765 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kurzzeitpflegeplätze sichern
Drs. 17/16737, 17/17698 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Umweltschonender Einsatz von Glyphosat
Drs. 17/16744, 17/17719 (G)

der Antrag wurde zusammen mit Drs. 17/17137 gesondert beraten

16. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
Belegarztsystem in Bayern erhalten
Drs. 17/16754, 17/17699 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Hilfen für frostgeschädigte Obst- und Weinbauern auf den Weg bringen!
Drs. 17/16765, 17/17758 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Berufliche Bildung weiter stärken: Aufbau einer integrierten Lehrerreserve
an beruflichen Schulen
Drs. 17/16767, 17/17682 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Holzlieferverträge der Bayerischen Staatsforsten mit Ilim-Timber
Drs. 17/16768, 17/17504 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anzeigepflicht für die Pferdeerkrankung „Druse“
Drs. 17/16769, 17/17685 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU)
Keine Verschärfung der TA Luft über EU-Vorgaben hinaus
Drs. 17/16778, 17/17686 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)
Berufliche Schulen stärken – Bildungspaket deutlich nachbessern
Drs. 17/16779, 17/17678 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ab-Hof-Verkauf von Milch nicht durch Bürokratie kaputt machen – Ausnahme von der Mess- und Eichverordnung für „Milchtankstellen“ durchsetzen!
Drs. 17/16780, 17/17712 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Liefer- und Versorgungsengpässe von Medikamenten und Impfstoffen vermeiden
Drs. 17/16784, 17/17700 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine überstürzte Festlegung eines dritten Nationalparks!
Drs. 17/16785, 17/17687 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kein Freibrief zur Luftverschmutzung für die Agrarindustrie
Drs. 17/16799, 17/17688 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
TA Luft: 1:1-Umsetzung der EU-Vorgaben beibehalten!
Drs. 17/16800, 17/17751 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Berufliche Schulen fit für die Zukunft machen: Berufliche Bildung darf für die Staatsregierung nicht länger bildungspolitischer Nebenschauplatz sein!
Drs. 17/16801, 17/17694 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anerkennung des Sach- und Fachkundenachweises für Rassegeflügelzüchter
Drs. 17/16818, 17/17503 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
EU-Regulierungsirrsinn stoppen: Spezielle Vermarktungsnormen abschaffen
Drs. 17/16825, 17/17442 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verweildauer von Asylbewerbern in bayerischen Gemeinschaftsunterkünften
Drs. 17/16826, 17/17706 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Alternativen zum PMSG-Hormon aufzeigen und Tierschutzstandards durchsetzen
Drs. 17/16827, 17/17689 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Leistungen der Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen für Bayern
Drs. 17/16832, 17/17731 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganser u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachrüstung der Dienstwagenflotte des Freistaates
Drs. 17/16833, 17/17729 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Inge Aures u.a. SPD
Bericht der Staatsregierung zur künftigen Ausrichtung der EU-Sozialpolitik
Drs. 17/16838, 17/17667 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Dr. Paul Wengert, Horst Arnold u.a. und Fraktion (SPD)
Kommunen bei Bekämpfung der Glücksspielsucht unterstützen –
Spielhallendichte reduzieren, Rechtssicherheit schaffen
Drs. 17/16839, 17/17716 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Polizeihubschrauberstaffel Bayern (PHuStBy)
Drs. 17/16913, 17/17402 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Familien beim Spagat zwischen Beruf, Familie und Pflege unterstützen –
Arbeitswelt familienfreundlich gestalten!
Drs. 17/16933, 17/17551 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

39. Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Frostschäden – Bauern nicht alleine lassen
Drs. 17/16941, 17/17759 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Ausweitung der Schuldengemeinschaft –
Kein Europäischer Währungsfonds
Drs. 17/16948, 17/17730 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

41. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Isabell Zacharias u.a. und Fraktion (SPD)
Neue Hochschule für Nürnberg – Ziele und Zeitplan
Drs. 17/16962, 17/17662 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

42. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Tödlicher Listerienausbruch in Süddeutschland:
Warum wurde bei amtlichen Kontrollen nie etwas gefunden?
Drs. 17/16966, 17/17690 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die Fraktion FREIE WÄHLER hat beantragt, das Votum „Ablehnung“ zugrunde zu legen

43. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weniger Tierleid an Schlachthöfen
Drs. 17/16968, 17/17691 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Frostschäden im Frühjahr 2017
Drs. 17/16983, 17/17760 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Frostschäden im Obst- und Weinbau – unbürokratische Hilfe für Erzeugerinnen
und Erzeuger
Drs. 17/16993, 17/17761 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

46. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Susann Biedefeld,
Herbert Woerlein u.a. SPD
Schlachthof in Fürstenfeldbruck
Drs. 17/16994, 17/17692 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

47. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer,
Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Stand der Umsetzung von Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung
an bayerischen Hochschulen
Drs. 17/16996, 17/17663 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

48. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Neuer Hochschulcampus Nürnberg – Planungen transparent gestalten
Drs. 17/17011, 17/17664 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

49. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Den Landtag in die Entscheidungsprozesse zur Errichtung einer Technischen Universität 4.0 für Nürnberg involvieren
Drs. 17/17012, 17/17665 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

50. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Herbert Woerlein, Susann Biedefeld u.a. und Fraktion (SPD)
Tierleid an Schlachthöfen minimieren – Vorgaben und Arbeitsprozesse überprüfen
Drs. 17/17015, 17/17738 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

51. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Tierschutz sicherstellen: Prüf- und Zulassungsverfahren für Betäubungsgeräte einführen!
Drs. 17/17016, 17/17693 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

52. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer u.a. und Fraktion (CSU)
Verstöße gegen Tierschutzrecht in Schlachthöfen ahnden –
Reform der Veterinärverwaltung in Bayern zügig umsetzen!
Drs. 17/17017, 17/17752 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

53. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Herbert Woerlein SPD
Kinderschutz ernst nehmen – kein Glyphosat-Einsatz
auf von Kindern genutzten Flächen
Drs. 17/17137, 17/17720 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

der Antrag wurde zusammen mit Drs. 17/16744 gesondert beraten.

54. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Masterplan Freiflächengestaltung Kunstareal München
Drs. 17/17145, 17/17666 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

55. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Infrastrukturgesellschaft Verkehr darf nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen
Drs. 17/16783, 17/17530

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären.

56. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Stefan Schuster, Andreas Lotte u.a. und Fraktion (SPD)
Bundesfernstraßengesellschaft: Rechtssicherheit für die Beschäftigten
Drs. 17/16803, 17/17531

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären.

57. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Petra Guttenberger, Josef Zellmeier u.a. CSU
Bericht zum Polizeieinsatz am 31.05.2017 in Nürnberg
Drs. 17/17203, 17/17708

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären.

58. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zum Polizeieinsatz am 31.05.2017 in Nürnberg
Drs. 17/17286, 17/17709

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären.

59. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Bericht zum Polizeieinsatz am 31.05.2017 in Nürnberg
Drs. 17/17432, 17/17710

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären.